Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk. excl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176;
der Abonnements-Abteilung Nr. 1123.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg berechnet und in unserer Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Inseratenannahme vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.

Erscheint täglich zweimal.
Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle Markt 24.

Nr. 145. **Halle, Freitag, den 27. März** **1914.**

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Am Ministertisch: Dr. Lentze.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Novelle zum

Fürsorgeerziehungs-Gesetz.

In der Generaldebatte führt Abg. **Lieber** (Natl.) aus: Es ist gewünscht worden, die Fürsorgeerziehungssachen sollten von den Gerichten beschleunigt werden. Das ist heute aber bereits der Fall, denn sie sind sogar zu Feriensachen erklärt worden. Der Abg. Hirsch (Soz.) hat gewünscht, daß die Regierung die Hortvereine mit Geldmitteln unterstützt. Ein Antrag v. Schenckendorff (Natl.) verlangt dasselbe nicht nur für die Hortleiterinnen, sondern auch für Errichtung und Betrieb der Horte.

Das Wort wird weiter nicht verlangt, der Gesetzentwurf wird definitiv unverändert angenommen

Es folgt

Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats

bei der

Verwaltung der direkten Steuern.

Es liegen dazu verschiedene Anträge vor.

Ein Kommissionsantrag will zu Kapitel 4 der Einnahmen die Regierung ersuchen: Die Ausführungsbestimmungen des Ergänzungssteuergesetzes vom 1. April 1909, bezüglich Schätzung des Ertragswertes bei dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienenden Grundstücken gemäß dem Sinn des § 11 dieses Gesetzes in Uebereinstimmung zu bringen mit dem Gesetz über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen des Bundesrats; diese Bestimmungen sollen der Veranlagung der Ergänzungssteuer für die Jahre 1914 bis 1916 zugrunde gelegt werden.

Ein Antrag Görck (Natl.) und Genossen will zu Kapitel 4 der Einnahmen die Regierung ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den in § 1, Absatz 2 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes vom 19. Juli 1906 zwischen „Einkünfte" und „satzungsgemäß" die Worte eingeschaltet werden: „einschließlich etwaiger Rücklagen in die Reservefonds".

Ein Antrag v. Strombeck (Zentr.) und Genossen zu den Einnahmen Kapitel 4 will die Regierung ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bei der Veranlagung der physischen Personen zur Einkommensteuer bestehende Mißstände beseitigt werden.

Zu den Ausgaben Kapitel 6 Titel 4 und 5 verlangt ein Antrag der Budgetkommission Streichung einer Reihe von Vorsitzenden der Einkommensteuerveranlagungskommissionen und demgemäß Kürzung des angesetzten Betrages zu Titel 4 um 25 200 M. und zu Titel 5 um 5300 M.; er verlangt ferner, in den nächstjährigen Etat einen entsprechend hohen Betrag für Anstellung von Steuerassistenten einzustellen.

Ein Antrag Friedberg (Natl.) und Genossen zu den Ausgaben Kapitel 6 verlangt dagegen unveränderte Annahme der Kapitel 6, Titel 4 und 5.

Die Anträge sollen zusammen zur Beratung kommen.

Der Berichterstatter Abg. **Schmedding** (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission, empfiehlt die Kommissionsbeschlüsse zur Annahme und mit diesen Ausnahmen die unveränderte Annahme des Etats.

Zur allgemeinen Besprechung erhält zunächst das Wort

Abg. v. Hennigs-Techlin (Kons.):

Die Entwicklung der direkten Steuern hat einen sehr erfreulichen Verlauf genommen, wir können ziemlich sicher mit einer jährlichen Zunahme der direkten Steuern von 5 Prozent rechnen. Erfreulicherweise hat sich auch die Lage der niedrig besteuerten Zensiten verbessert. Die Steuereinschätzung wird jetzt schon bei uns sehr genau vorgenommen, es ist dies ja auch nötig, da das ganze Staatswesen auf den direkten Steuern beruht. Es besteht jetzt eine Strömung, auch im Reiche direkte Steuern zu erheben. Wir sind entschieden dagegen; die direkten Steuern müssen den Einzelstaaten vorbehalten bleiben. Wie sollen sie sonst ihre Aufgaben erfüllen? Und dabei steigen die Staatsausgaben von Jahr zu Jahr; ich erinnere Sie nur an die neuen Beamtenbesoldungsvorlagen, auch sonst sind immer neue Kulturaufgaben zu erfüllen. Wir müssen daher unsere Steuerquellen unbedingt schützen; wir befinden uns hier im Einverständnis mit der Regierung.

Nun wird der Wunsch laut, die Steuerzuschläge aufzuheben. Wenn unsere Finanzlage es erlaubte, wären wir die ersten, die dies befürworteten. Alle Anträge, die verhindern wollen, daß derjenige, der sich selbst ehrlich einschätzt, schlechter behandelt wird als derjenige, der sich um die Steuern drückt, werden wir unterstützen. Wir weisen die Angriffe, die Großgrundbesitzer hinterzögen die Steuern, als ungerecht zurück. Wo der Staat einmal einen Steuerkommissar eingesetzt hat, bleibt er, selbst wenn die Mißstände beseitigt sind. Wir wollen bei der Steuereinschätzung das persönliche Moment nicht ausschalten. Im Lande herrscht eine große Mißstimmung, und sie ist nicht zum wenigsten der Vielregiererei zuzuschreiben. (Sehr richtig! bei den Konservativen.) Diese Vielregiererei herrscht besonders bei der Steuereinschätzung. Gerade bei der Steuereinschätzung muß auf die persönlichen Verhältnisse des Steuerzahlers unbedingt Rücksicht genommen werden, und das tun die Steuerkommissare nicht. Die Steuererheber haben die französische Revolution mitverursacht.

Finanzminister Dr. Lentze:

Die Staatsregierung kann sich vorstellen, daß es im Lande freudig begrüßt werden würde, wenn die Möglichkeit vorläge, die Steuerzuschläge herabzusetzen. Aber zu meinem großen Bedauern muß ich dem Lande die Enttäuschung bereiten, zu erklären: es ist zurzeit unmöglich, die Steuerzuschläge herabzusetzen oder sie ganz aufzuheben. Sie sind seinerzeit eingerichtet worden, weil sich herausgestellt hatte, daß ein dauernder Mehrbedarf in dem Etat vorhanden war, für den die Deckung fehlte. Die Prüfung ergab, daß jegliche Aussicht fehlte, den Mehrbedarf aufzubringen, ohne daß neue Steuern, und zwar dauernder Art, eingerichtet würden. Es ist unzutreffend, daß die Steuerzuschläge nur vorübergehender Natur sein sollen. Damals sind allerdings lebhafte und durchaus verständliche Wünsche in diesem Hause in der Richtung zum Ausdruck gebracht worden, aber mein Amtsvorgänger hat immer und immer wieder erklärt: es ist unmöglich, daß wir ohne dauernde neue Steuern auskommen, und schließlich ist sogar das Zustandekommen der Besoldungsnovelle davon abhängig gemacht worden, daß die Zuschläge dauernd bleiben, nur die Höheform sollte vorübergehend sein, und die Staatsregierung sollte innerhalb dreier Jahre hier eine Aenderung eintreten lassen. Es hat sich jedoch ergeben, daß unsere Einnahmequellen nicht derartig gewachsen sind, um die dauernden Ausgaben zu decken. So liegen die Verhältnisse noch heute.

Unser Staatshaushalt ist darauf basiert, daß die Steuerzuschläge von 72 Millionen Mark mit zur Deckung dienen. Infolgedessen ist es unmöglich, die Zuschläge in Wegfall zu bringen, solange nicht ein Ersatz vorhanden ist. Bei der Beratung des Eisenbahnetats hat sich ergeben, und das Haus hat dem zugestimmt, daß zurzeit aus den Eisenbahnerträgnissen die Zuschläge nicht entbehrlich gemacht werden können. Der Veranlagungsbehörde ist es auch nicht möglich, einen Ueberblick darüber zu haben, ob alle die ausschweifenden Hoffnungen, welche die Oeffentlichkeit an die Wirkung des Generalpardons geknüpft hat, sich verwirklichen werden. Die Regierung muß bei der Aufstellung des Etats infolgedessen davon ausgehen, daß besondere Verhältnisse nicht vorliegen, und sie war genötigt, den Etat auszustellen nach den Erfahrungssätzen hinsichtlich der Steigerung der Ausgaben, die wir im Laufe der Jahre gewonnen haben. Daraufhin ist das Mehr an Einkommensteuer und Ergänzungssteuer eingestellt worden.

Wenn nun gefragt wird, wie stellt sich die Finanzverwaltung, wenn die Hoffnungen auf den Generalpardon sich tatsächlich verwirklichen, so kann ich sagen: ich würde sehr gern bereit sein, eine Steuernovelle von neuem einzubringen, wenn ich zurzeit wüßte, ob es möglich ist, für die Steuerzuschläge einen Ersatz zu finden. Selbst aber gesetzt den Fall, wir hätten infolge des Generalpardons erhöhte Einnahmen, dann ist doch zu berücksichtigen, daß uns auch erhöhte Ausgaben bevorstehen. Ganz abgesehen von den zahlreichen Resolutionen und Wünschen, die zu den einzelnen Etats ausgesprochen sind, haben wir doch noch die große Frage der Volksschullasten zu lösen. Dazu kommen noch andere Fragen, für deren Lösung die Deckung fehlt. Die Finanzverwaltung muß also erst einen genauen Ueberblick haben, was sie in Zukunft zu erwarten hat, und deshalb bin ich außerstande, in Aussicht stellen zu können, daß eine Steuernovelle innerhalb der nächsten Zeit dem Hause wieder vorgelegt werden kann. Schon bei der Beratung der Steuernovelle im letzten und vorletzten Jahre hat es sich um die Steuerzuschläge gedreht und eine Einigung ist nicht erzielt worden. Bei der Steuernovelle vor zwei Jahren ist die Regierung bemüht gewesen, daß Einkommen, die sich aus den verschiedensten Quellen zusammensetzen, auch so voll ergriffen werden, wie die Einkommen der Beamten und Geistlichen und der Arbeiter, die offen zutage liegen. Es solle der steuerlichen Gerechtigkeit in größerem Maße Genüge getan werden.

Es ist deshalb bedauerlich, daß die neuen Bestimmungen nicht zur Verabschiedung gelangt sind. Aber ein wesentliches Hilfsmittel ist uns inzwischen dadurch erwachsen, daß das Wehrbeitragsgesetz und das Vermögenszuwachssteuergesetz verabschiedet worden ist. Jetzt ist der Veranlagungskommissar imstande, auch die Höhe des Einkommens ganz anders zu veranlagen und festzustellen als vorher. Jetzt haben wir die begründete Aussicht, daß die Veranlagung in Zukunft mehr als bisher der Gerechtigkeit entsprechend und daß sie für alle Schichten der Bevölkerung eine gleichmäßige sein wird. Die Veranlagung der Steuern ist im Laufe der Jahre immer schwieriger geworden, namentlich ist der Vorsitzende der Veranlagungskommission so mit der Veranlagung beschäftigt, daß er dafür seine volle Kraft einsetzen muß. Dadurch, daß das Oberverwaltungsgericht über solche Fragen in letzter Instanz entscheidet, hat sich so viel Judikatur ergeben, daß man sagen kann: die Steuereinziehung ist eine wahre Wissenschaft geworden und kann nur von einem Beamten geleitet werden, der wissenschaftlich gebildet ist. (Sehr richtig! links.)

Der Vorsitzende der Steuerveranlagungskommission muß lange vor der Vornahme des Veranlagungsgeschäfts sich genau über die Einkommensverhältnisse des Einzelnen informieren, er muß sich informieren über die Verhältnisse von ganzen Gruppen, er muß die Unterlagen rechtzeitig beschaffen, um eine rechtmäßige Veranlagung vornehmen zu können. Er soll alle bedeutsameren Erklärungen selbst prüfen. Diese Aufgabe führt dazu, daß der Vorsitzende der Veranlagungskommission tief eindringt in die Verhältnisse von Land und Leuten, und ich kann deshalb nicht zugeben, daß ein staatlicher Kommissar den Zensiten anders gegenübersteht, als der nebenamtliche Vorsitzende, der Landrat. Gerade der hauptamtliche Steuerkommissar kann die Verhältnisse individuell beurteilen, und zwar gerade so liebevoll wie der Landrat. (Sehr gut! links.) Es ist hier gesagt worden, die Aufgabe des Steuerkommissars sei die, möglichst viel Steuern herauszuquetschen. Diese Aufgabe liegt dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission durchaus nicht ob. Er soll nur nachsehen, ob den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geschieht. Denn was der eine an Steuer spart, das muß der andere mehr bezahlen. (Sehr richtig! links.)

Die Regierung muß dafür sorgen, daß jeder einzelne gerecht zur Steuer herangeholt wird. Der Steuerkommissar hat die einzelnen Steuerquellen zu prüfen, infolgedessen nicht nur die Momente, welche zugunsten der Steuer, sondern auch die, welche zugunsten des Zensiten sprechen. Die Abgabe einer Einschätzung ist manchmal ein überaus großes Kunststück. Die einzelnen Voraussetzungen dazu, wie sie vom Verwaltungsgericht aufgestellt sind, sind manchmal so, daß sie der Zensit nicht wissen kann, und gerade die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen werden da den Zensiten mit Rat zur Seite zu stehen haben. Ich muß gerade bei den Verhältnissen auf dem Lande betonen, daß die Erörterung einer Steuererklärung des Vorsitzenden mit dem Zensiten nicht ein Mißtrauen gegen den Abgeber der Steuererklärung bedeutet, sondern nur zur objektiven Klarstellung dient. Die Regierung geht davon aus, daß überall da, wo der Vorsitzende der Veranlagungskommission imstande ist, nach Maßgabe seiner Beschäftigung sich der Veranlagung in dem Maße zu widmen, wie ich es hier skizziert habe, die Veranlagung auch im Nebenamte vorgenommen werden kann, daß aber da, wo der Vorsitzende sie mittleren Beamten überlassen muß, ein besonderer Steuerkommissor eingesetzt wird.

In der Kommission ist gesagt worden, es scheine so, als ob die Regierung die Veranlagung nicht mehr im Nebenamte zulassen wolle. Das entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Wir haben 106 Stadtkreise, 487 Landkreise. Von den 106 Stadtkreisen sind 72 mit hauptamtlichen Vorsitzenden, von den 487 Landkreisen 59 mit hauptamtlichen Vorsitzenden versehen. (Hört! hört!) Wie man dann davon sprechen kann, daß die nebenamtlichen Vorsitzenden ausgeschaltet werden sollen, ist mir nicht verständlich. Zu meinem lebhaften Bedauern hat die Kommission mehrere Steuerkommissare gestrichen, und ich möchte Sie bitten, dem Beschluß der Kommission nicht beizutreten, denn die Regierung ist außerstande, die Verantwortung zu übernehmen, wenn die Streichung aufrechthalten wird. Zunächst kommen da in Betracht Stralsund und Greifswald. Stralsund scheidet aus dem Verbande aus, und den Vorsitz soll ein in Stralsund beheimateter Steuerkommissar haben. Wenn Sie den streichen, kommen wir in die größte Verlegenheit. Die Regierung hat dann in Stralsund nicht genügend Kräfte. Es bliebe also nichts übrig, als die Zahl der mittleren Beamten zu vermehren.

Es ist erwünscht, daß in Stadtkreisen der Vorsitzende der Veranlagungskommission ein amtlicher Kommissar ist. In der Stadt Nordhausen haben sich Verhältnisse herausgestellt, die unbedingt behoben werden müssen. Deshalb bitte ich, auch für diesen Kreis den Steuerkommissar zu bewilligen. Weiter sind die Steuerkommissare für Guben, Schweidnitz und Kempen abgelehnt worden. Was Guben und Schweidnitz anbetrifft, so kommt da durch diese Ablehnung die Finanzverwaltung in eine sehr üble Lage. Die Magistrate haben den Vertrag gekündigt und wollen für diesen Landkreis die Veranlagung nicht mehr vornehmen. Es muß also dort entweder ein Steuerkommissar eingesetzt werden oder der Landrat die Veranlagung vornehmen. Das letztere ist aber ganz unmöglich, da der Landrat dort sehr viel Arbeit hat und es ganz unmöglich ist, daß er die Veranlagung so vornehmen kann, wie es notwendig ist. Was Kempen und Guben anbetrifft, so ist zu bemerken, daß da der Umfang der Arbeiten so groß geworden und nicht mehr in dem Maße übersehbar werden kann, wie es notwendig ist. Ich bedaure, jede Verantwortung ablehnen zu müssen, wenn Sie auf Ablehnung der Kommissare für diese Kreise bestehen, und es ist im staatlichen Interesse durchaus geboten, daß diese Kommissare bewilligt werden.

Inzwischen sind zwei neue Anträge eingegangen

Ein Antrag von Zedlitz und von Kardorff (Frks.) ersucht die Regierung, sobald sich die Höhe des dauernden Bedarfs an Einnahmen aus den direkten Steuern übersehen läßt, Gesetzentwürfe für deren Neuordnung zu dem Zwecke vorzulegen, baldmöglichst dem Mittelstande und den ärmeren Steuerzahlern die für sie in der vorigen Tagung in Aussicht genommenen Vorteile und Erleichterungen zuzuwenden und eine vollständige und gerechte Veranlagung aller Einkommen und Vermögen sicherzustellen.

Ein Antrag von Campe-Schiffer (Natl.) und Gen. will bei dem freikonservativen Antrag vor dem Worte: „sicherzustellen" die Worte einschalten: vornehmlich auch durch Uebertragung des Veranlagungsgeschäfts an finanztechnisch besonders vorgebildete Beamte.

Abg. Herold (Zentr.):

Ob die Steuerzuschläge jetzt noch notwendig sind oder nicht, darüber besteht zwischen den großen Parteien des Hauses und dem Finanzminister eine Meinungsverschiedenheit. Auch wir haben seinerzeit für die Steuerzuschläge gestimmt, wir sind aber nicht dafür, sie zur dauernden Institution zu gestalten. Wir sind auch dafür, daß die Einkommen möglichst genau erfaßt werden, meinen aber, daß die Landräte, die die Verhältnisse kennen, dies besser tun können als besondere Kommissare, die naturgemäß immer einseitig arbeiten werden. Ich glaube grundsätzlich steht auch der Finanzminister auf diesem Standpunkt, sonst hätte er wohl noch weit mehr Steuerkommissare verlangt. In ganz großen Kreisen liegen die Verhältnisse anders, da sind die Landräte zu überlastet, deshalb hat die Budgetkommission auch eine Anzahl bewilligt und nur 6 gestrichen. Ich kann daher nur bitten, es bei dem Kommissionsbeschluß zu belassen, der durchaus gerechtfertigt und sehr wohlerwogen ist. Wir werden auch für die Resolution der Kommission bezüglich der Ausführungsbestimmungen des Ergänzungssteuergesetzes stimmen, denn bei der Veranlagung bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken muß der Ertragswert, nicht Kapitalwert die Grundlage bilden. Von vorneherein einen zu hohen Ertragswert anzunehmen, halten wir sozialpolitisch für falsch, weil dies bei einer Erbschaftsteilung dahin führt, daß zu hohe Teile ausbezahlt werden müssen und es daher dem Unternehmer des Gutes schwerfällt, das Gut zu halten. (Beifall im Zentr.)

Generalsteuerdirektor Heinke:

Für den Finanzminister ist die Resolution der Kommission gegenstandslos, denn er kann nicht anerkennen, daß die preußischen Ausführungsbestimmungen des Ergänzungssteuergesetzes im Widerspruch stehen mit dem Reichsgesetz über den Wehrbeitrag und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen. Auch das Oberverwaltungsgericht hat zu dieser Frage Stellung genommen und hat entschieden, daß die bisherige Praxis des Finanzministers gerechtfertigt und für den Steuerzahler nicht ungünstig, sondern günstig sei. Den zweiten Teil der Resolution bitte ich abzulehnen, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß der Finanzminister bei der Veranlagung für 1914 bis 1916 die hier geforderten Bestimmungen der Veranlagung zugrunde legen kann.

Abg. v. Kardorff (Freikons.):

Die Einkommensteuerstatistik zeigt uns, daß die kleinen und mittleren Einkommen weit mehr gestiegen sind, als die größeren. Hieraus ergibt sich, daß wir mit unserer Wirtschaftspolitik auf dem rechten Wege sind. Die Erklärungen, die der Finanzminister heut: abgegeben hat, waren ja etwas entgegenkommender als seine Ausführungen in der Kommission. Ich empfehle Ihnen den Antrag meiner Partei, der den besten Weg für eine Neuordnung der Steuern angibt. Die Steuernovelle im Vorjahre ist gescheitert aus — na, sagen wir mal aus Angst vor den Wählern, von denen wir ja alle etwas beherrscht werden. Wir wollten nicht eben vor den Wahlen mit einer Verewigung der Steuerzuschläge kommen. Aber die Novelle brachte doch auch Vorteile, wie die Erweiterung des Kinderprivilegs. Auch ist eine organische Einarbeitung der Steuerzuschläge doch immer besser als der jetzige Zustand. Wenn daher eine Novelle zum Einkommensteuergesetz kommt, wird es eine Ehrenpflicht für dies Haus sein, sie zu verabschieden. Ueber die Veranlagung ist nicht viel Neues zu sagen. Wenn all das wahr wäre, was im Wahlkampf gesagt worden ist und was man noch täglich im Berliner Tageblatt lesen kann, dann müßten drei Viertel der Landräte mit Schimpf und Schande weggejagt werden.

Wenn wirklich hier und da die Veranlagung nicht streng genug vorgenommen worden ist, ja weshalb ist denn die Regierung nicht im Wege der Aufsicht energisch eingeschritten? Eine Wissenschaft ist die Veranlagung durchaus nicht, und wenn die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140327016/fragment/page=0001

Regierung sagt, daß nur steuertechnisch vorgebildete Beamte hier ersprießlich arbeiten könnten, so ist das doch ein schwerer Vorwurf gegen die mittleren Beamten. Alles allein können die Landräte auch nicht machen. Wenn man in noch größerem Umfange eigene Steuerkommissare fordern sollte, so würden wir die kaum bewilligen, denn dies würde eine vollständige Ausschaltung der Landräte bedeuten, die wir durchaus nicht billigen. Von den von der Kommission gestrichenen Kommissaren werden wir Nordhausen bewilligen, da hat ein eigener Kommissar nötig ist, wegen den durchaus ungünstigen Verhältnissen in diesem Kreise. Wenn Sie also, meine Herren von der Linken, mal wieder über die Landräte herziehen, vergessen Sie Nordhausen nicht! Wir werden auch Bromberg bewilligen. Die Politik der letzten Jahre hat leider die Grundlagen Preußens angetastet. Wir hoffen, daß dem ein- für allemal ein Ende gemacht wird, denn eine solche Politik ist geeignet, die Grundlagen der Bundesstaaten zu untergraben. In England sagt man: Wenn England zugrunde geht, so kann es nur durch sein Parlament geschehen. Von diesem hohen Hause wird dies wohl nicht gesagt werden können. (Lachen links.). Ich bitte die Regierung, daß sie sich nicht von den Parteien treiben läßt, sondern allen weitergehenden finanziellen Forderungen ein starres Nein! entgegensetzt. Preußen braucht eine starke Regierung und einen starken Finanzminister. Preußens Stolz und Ansehen beruht nicht auf diesem Hause. Preußens Stolz und Zukunft beruht auf seiner Regierung. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Gegen die letzten Worte des Vorredners muß ich entschieden Verwahrung einlegen. Daß Herr von Kardorff sagt, Preußens Stolz und Zukunft (Abg. v. Kardorff ruft: „Stärke! wollte ich sagen.") beruht auf seiner Regierung und nicht auf diesem Hause, so ist das wirklich stark. Wenn dies Haus so zusammengesetzt wäre, wie wir es wünschen. (Abg. v. Kardorff ruft: Reichstagswahlrecht!) Nein, nicht Reichstagswahlrecht! Sie wissen, daß meine politischen Freunde nicht für die einfache Uebertragung des Reichstagswahlrechts sind. (Lebh. Hört! Hört!) Wenn Herr v. Kardorff der Ueberzeugung ist, daß dies Haus nicht zur Stärke Preußens beträgt, dann hätte er die Pflicht, eine andere Zusammensetzung zu erstreben. (Sehr gut! links.) Herr v. Kardorff wird auch unsere Zustimmung finden, wenn er eine starke Regierung wünscht. Aber diese Regierung müßte über den Parteien stehen. Aber noch mehr eine Regierung zu wünschen, die den Wünschen dieses Hauses Rechnung trägt, verstehe ich nicht. (Sehr richtig! links.) Herr v. Kardorff hat die Annahme der Deckungsvorlage und die Finanzhoheit der Einzelstaaten erörtert. Die Annahme der Wehrvorlage mit der Deckung war einfach eine Pflicht des Reichstags; bei der Bedeutung der Sache mußten die steuerverfassungsmäßigen Bedenken verschwinden. Ich bedaure aufrichtig, daß immer wieder auf diese Sache hingewiesen wird. Ist unser Land jemals in einer gefährlicheren Situation gewesen, als im Vorjahre? Da ging der Reichstag über die erwähnten Bedenken hinweg und gab dem Reiche, was des Reiches ist. (Sehr richtig! bei den Natl.)

In der Frage der Steuerkommissare stehen wir auf einem andern Standpunkt als die Rechte. Wir werden dabei nicht von Animosität gegen die Landräte geleitet. Wenn man die Zahlen der Denkschrift ansieht, merkt man, daß das Evangelium von der Proletarisierung unseres Volkes den Tatsachen nicht entspricht. Unser Volk erlebt in allen Schichten einen Aufstieg, auch im Mittelstand, und nicht nur in den Städten, auch auf dem Lande ist die Zahl der Zensiten gestiegen. Die stillen Reserven des Ausgleichsfonds müssen auch in Rechnung gestellt werden. Der stets sehr vorsichtig aufgestellte Etat gibt keine richtige Grundlage für die Frage der Steuerreform. Ich höre die Botschaft von der Rechten, daß sie eine gerechte Steuerveranlagung will, mir fehlt auch nicht der Glaube —, aber ich fürchte, sie denken den Gedanken nicht ganz konsequent bis ans Ende durch! Die Frage der Steuerzuschläge darf nicht ruhen, bis dieses Provisorium verschwunden ist. Die Zuschläge dürfen nicht kommunalsteuerpflichtig sein, sonst wandern die Reichen noch mehr in die bevorzugten Gemeinden. (Zustimmung.) Erst wenn wir die hauptamtlichen Steuerkommissare haben, wird die vom Abg. v. Kardorff geforderte Gerechtigkeit zur Tat werden. Wieso diese Forderung ein Mißtrauensvotum gegen die mittleren Beamten darstelle — das versteht höchstens Herr v. Kardorff allein (sehr gut! links.), wir lehnen derartiges unbedingt für uns ab. Aus der Debatte über die 6 Stellen wollen wir alle politischen Momente ausschalten. Die Zahlen über die Verteilung der Kommissare beweisen einen auffallenden Unterschied zwischen Stadt und Land und hier wieder zwischen Westen und Osten (hört! hört! links.), so daß im Volke der Glaube entstehen muß, daß hier nicht ganz objektiv und paritätisch vorgegangen wird. (Sehr wahr! links.)

An den so erheblichen Steuermehrerträgen durch die Tätigkeit hauptamtlicher Kommissare, z. B. in Köslin über 26 Proz., (hört! hört! links), kann man doch nicht sehenden Auges vorbeigehen! Steuereinsichtige sollten nur Persönlichkeiten mit der Qualität richterlicher Unparteilichkeit sein, dazu gehört aber, daß der zu Richtende dem Richter persönlich nicht nahesteht. Ich erhebe damit gar keinen Vorwurf gegen die Landräte, aber durch die Steuerveranlagungstätigkeit kann auch ihre Stellung als führende Männer des Kreises, als Vertreter des Staates, nicht gefestigt werden. Es genügt nicht daß gerecht veranlagt wird, es muß auch das Vertrauen bestehen, daß das geschieht. Vielregiererei ist von der Anstellung von Steuerkommissaren nicht zu fürchten; wir wollen dem Landrat auch nicht ganz aus der Veranlagung ausschalten, aber wenn er sie nicht leitet, kann er erst der Vertraute der Zensiten werden. Nicht die Steuerkommissare, sondern das Verpachten der Steuern war mit Schuld an der französischen Revolution! Hier im Hause hat einmal das Zentrum einstimmig für die Uebertragung der Veranlagung an hauptamtliche Kommissare gestimmt! (Lebh. hört! hört! links.) Diese Maßnahme würde dem Reich und dem Staat in gleichem Maße nützen und auch Sie (nach rechts) müßten dafür stimmen, wenn Sie nicht nur für das eintreten wollen, was Ihnen paßt! (Lebh. Beif. links).

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.):

So sehr man auch dem Finanzminister beistimmen kann, eins fordert doch den Widerspruch heraus. Die Steuerzuschläge sind niemals von dem Hause als dauernde Einrichtung angesehen worden, sondern nur als eine kurzfristige. Dauernd wollte keiner den Steuerzahlern eine solche Last auferlegen. Es war sehr gefährlich, das Eisenbahnaktommen wieder auf 2 Jahre zu verlängern, da jetzt schon auf 2 Jahre über die Eisenbahnüberschüsse verfügt ist. Die Städte sind in steuerlicher Beziehung die stärkste Stütze des Staates, sie bringen weit mehr an Steuern auf als das Land, das sollte doch auch die Rechte bedenken. Von der Veranlagung verlangen wir vor allem, daß sie gerecht ist. Der Reichstag hat beim Wehrbeitrag das einzige getan, um eine gerechte Erfassung der Steuerkraft zu ermöglichen. Er hat den Generalpardon und die Gefängnisstrafe eingeführt. Da haben auch wir alle Veranlassung, das unsere zu tun, um das Veranlagungsgeschäft von seinen Schultern zu befreien. Der Landrat kann das nicht für den Wesen wollen die Konservativen den Steuerkommissar auch, nur nicht fördern Otten. Wir aber sagen: Auch hier gleiches Licht und gleichen Schatten für alle!

Wir haben hier 27 Landräte im Hause. Diese Herren haben doch sicher, wenn sie hier pflichtgemäß anwesend sind, nicht die Zeit, die Steuerveranlagung zu besorgen. Aber auch alle anderen Landräte sind überlastet, denken Sie nur an die vermehrte Arbeit durch die neue soziale Gesetzgebung! Ein Landrat, der all diese Arbeiten erledigen will, hat keine Zeit für die Steuerveranlagung, es müssen daher eigene Kommissare angestellt werden. Denn auch politisch wird der Landrat sehr in Anspruch genommen, er will doch, daß sein Kreis eine gut gesinnte Vertretung hat. Auch der Steuerkommissar wird sich einarbeiten und die Verhältnisse kennen lernen. Ein Landrat bleibt doch auch nicht immer in seinem Kreise, er sieht seine Stellung häufig genug als Sprungbrett für höhere Posten an. Die Konservativen sagen, die Landräte selbst wollten die Steuerveranlagung behalten, aber noch niemals hat sich ein Landrat darüber beklagt, daß man ihm diese Mehrarbeit abgenommen hat. Im Gegenteil, die meisten Landräte waren froh darüber, diese Last los zu sein.

Die Konservativen aber wollen die Steuerveranlagung den Landräten überlassen, weil sie die Macht der Landräte stärken wollen. Wir wollen genau das Gegenteil. Nordhausen wollte Herr von Kardorff einen Steuerkommissar bewilligen, weil Nordhausen eine freisinnige Stadt ist. Herr von Kardorff rief nach einer starken Regierung in demselben Augenblick, wo er selbst die Regierung schwächen wollte. (Lachen rechts.) Hier, bei den Steuerkommissaren, will die Regierung die Führung übernehmen, aber die Konservativen kümmern sich den Teufel um die Autorität der Regierung. Wenn dieses Haus aber keine Mehrheit stellen sollte für eine gerechte Steuerpolitik, wie sie die Regierung will, dann wird man im Lande rufen nach einer andern Zusammensetzung des Hauses. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Stroebel (Soz.):

Die Rechte spricht immer von der Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, aber noch immer gibt es Millionen Menschen in Preußen, die ein menschenwürdiges Dasein nicht führen können. Unsere Zustände sind also durchaus unerfreulich, Millionen Einwohner haben ein so geringes Einkommen, daß sie überhaupt keine Einkommensteuer zahlen, aber darüber, wie es möglich ist, deren Verhältnisse zu bessern, hat in der vierstündigen Debatte kein Redner auch nur ein Wort gesagt. Die Vertreter der besitzenden Klassen sind sich nur über ihre eigene Veranlagung in die Haare geraten. Die großen Vermögen sind weit mehr gestiegen als die kleinen. 9000 Millionäre besitzen 2½ mal mehr als eine Million anderer Zensiten. Das System, sich vor den Steuern zu drücken, wird auf dem Lande fleißig befolgt, selbst der „Reichsbote" brachte Beispiele von der agrarischen Steuerscheu. Da können wir der Resolution der Budgetkommission erst recht nicht zustimmen. Dagegen werden wir für den nationalliberalen Antrag stimmen, der für die Steuerveranlagung besonders vorgebildete Beamte verlangt.

Wir verlangen noch mehr Steuerkommissare, als die Regierung sie will, wir wollen, daß den Landwirten die Steuerveranlagung überhaupt genommen wird. Es handelt sich hier nur um eine Portemonnaiefrage, und der Umstand, daß die Konservativen hier so gegen die Regierung Sturm laufen, beweist nur ihr böses Gewissen. Wir verlangen, daß alle Einkommen unter 1200 Mk von der Einkommensteuer befreit sind. Für den Antrag der Herren von Zedlitz und von Kardorff können wir nur stimmen, wenn die Bezugnahme auf die Vorteile und Erleichterungen der vorigen Steuernovelle gestrichen wird. Wir haben auch einen Antrag eingebracht, diese Worte zu streichen. Die Steuerzuschläge der niedrigen Klassen wollen auch wir aufheben, die der höheren müssen aber beibehalten werden, wir können den reichen Leuten nicht ein so großes Steuergeschenk machen.

Ueber den Wehrbeitrag haben die Konservativen auch heute wieder geklagt, sie können es nicht verwinden, daß sie selbst etwas für unsere Rüstungen bezahlen sollen. Früher mußten die Armen und Minderbemittelten alles durch indirekte Steuern aufbringen. Das paßte den Konservativen besser. Wenn wieder neue Militärvorlagen kommen sollten, werden sie aber doch in die eigene Tasche greifen müssen. Das Volk ist durch die Lebensmittelteuerung zu sehr belastet. Eine Besserung unserer Verhältnisse ist unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise unmöglich, nur die sozialistische wird sie bringen. (Beifall b. d. Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Freitag 10 Uhr. Außerdem kleine Etats, Wahlprüfungen und Petitionen

Schluß 5 Uhr.

Mb Deutscher Reichstag.

241. Sitzung, Donnerstag, den 26. März.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Lisco, Kraetke.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Das Etatsnotgesetz wird in dritter Lesung angenommen.

Die Wahl des Abg. v. Brederlow (Kons.) wird für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Hoesch.

Der Abgeordnete Hoesch (Kons.) erhielt im Wahlkreise Osterburg-Stendal bei der Stichwahl 18288 Stimmen, sein Gegenkandidat Fuhrmann (Natl.) 10995. Die Wahlprüfungskommission stellte fest, daß ein konservativer Wahlaufruf von zahlreichen Amtsvorstehern und Gemeindevorstehern mit ihrem Amtstitel unterschrieben worden ist. Die Kommission beschloß, alle konservativen Stimmen in den Bezirken dieser Amtspersonen für ungültig zu erklären. Es handelt sich insgesamt um 2329 Stimmen. Werden sie dem Gewählten abgezogen, so verliert er die Mehrheit.

Die Kommission beantragt daher, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Frommer (Kons.)

beantragt Gültigkeit der Wahl. Man hat mir gesagt, Wahlprüfungen seien nur Machtfragen, und nur Idealisten hielten sie für Rechtsfragen. Ich bin noch so ein Idealist. (Beifall rechts.) Die Wahlprüfungskommission hat in diesem Falle ganz anders beschlossen als in dem noch gar nicht lange zurückliegenden Fall Kroecher. Fraglich sind überhaupt nur 36 Stimmen. Selbst wenn man diese abzieht, bleibt für Hoesch noch immer eine Mehrheit von über tausend Stimmen.

Abg. Schmidt-Meißen (Soz.):

Uns ist es ganz gleichgültig, ob Hoesch oder Fuhrmann gewählt wurde. Wir verurteilen besonders die Beeinflussung durch die Eisenbahndirektion Hannover. Wir sind für Ungültigkeit der Wahl. Die kleinen Leute waren gezwungen, den konservativen Wahlaufruf zu unterschreiben, wenn sie sich nicht der Rache der Gutsbesitzer aussetzen wollten. Den Eisenbahnangestellten wurde die Annahme von sozialdemokratischen Flugblättern und Stimmzetteln bei Strafe der Entlassung verboten. Das ist ein Eingriff in die Wahlfreiheit. Das ist Terrorismus schlimmster Art.

Abg. Stupp (Zentr.):

Es steht fest, daß viele Amtspersonen den Wahlaufruf mit ihrem Amtstitel unterzeichnet haben. Die Stimmen der von ihnen beeinflußten Personen müssen für ungültig erklärt werden. Nicht beeinflußt sind aber die Wähler, die den Wahlaufruf unterschrieben haben. Sie dürfen nicht auch kassiert werden. Verfährt man in dieser Weise, so bleiben für Hoesch noch mehr als 1000 Stimmen Mehrheit. Wir sind daher für Gültigkeit der Wahl. Die Eisenbahndirektion Hannover hat keinen Angestellten verboten, einen Sozialdemokraten zu wählen. Sie hat auch keinen anderen Kandidaten empfohlen. Sie hat sich jeder Einmischung enthalten.

Abg. Dr. Bollert (Natl.):

Zur Feststellung der Bezirke der erwähnten Amtspersonen sind zwei Adreßbücher und das amtliche Gemeindelexikon benutzt worden. Das Material ist durchaus zuverlässig. Ich kann nicht anerkennen, daß der Vorwurf der Parteilichkeit berechtigt sei, oder daß irgendwie von der alten Praxis der Wahlprüfungskommission abgewichen wurde. Mit vollem Recht hat die Kommission alle konservativen Stimmen dem Gewählten abgezogen, die in den Orten der unterzeichnenden Amtsvorsteher abgegeben wurden. Bei dem geheimen Stimmrecht können wir nicht anders verfahren. Aber auch die Stimmen der Unterzeichner des Wahlaufrufes mußten abgezogen werden, da ja die Unterzeichnung auch schon möglicherweise unter dem Einfluß des Amtsvorstehers erfolgt ist. Die frühere abweichende Auffassung der Wahlprüfungskommission ist daher aus guten Gründen aufgegeben worden. Gewiß ist die jetzige Praxis hart, aber sie ist allein gerecht.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vp.):

Für uns ist nur die Rechtsfrage maßgebend. Aber manchmal spielt hier auch die Macht eine Rolle. (Abg. Kreth (Kons.): Das werden wir dann bald sehen!) Das haben wir schon gesehen bei der Wahl des Herrn Frommer selbst. (Hört! Hört!) Damals lag ein Irrtum der Wahlprüfungskommission vor, trotzdem wurde die Wahl für gültig erklärt. (Hört! Hört!) Auch bei der Wahl des Dr. Becker handelte es sich um eine Machtprobe der Rechten. Bei der Berechnung der Wahlstimmen werden im Zweifelsfalle die Stimmen immer dem Gewählten abgezogen. (Zuruf rechts: Wo steht das?) Das ist ein selbstverständlicher Grundsatz. Der konservative Wahlaufruf ist von vielen Tausenden unterschrieben worden. Man weiß ja, wie solche Unterschriften zustande kommen. Diese konservativen Wahlaufrufe haben oft mehr Unterschriften als überhaupt dann konservative Stimmen abgegeben werden. So viele Konservative, wie unterschrieben haben, gibt es dort ja gar nicht. (Heiterkeit rechts.) Wenn die Bezirkseinteilung nicht stimmte, dann hätte die Rechte heute längst aufgemutzt. Wir sind für Ungültigkeit der Wahl.

Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß vom Abg. Graf Westarp (kons.) namentliche Abstimmung beantragt ist.

Abg. Dr. v. Veit (Kons.):

Die vielen Männer, die den Wahlaufruf unterschrieben haben, wußten wohl was sie taten. Ihre Stimmen durften nicht für ungültig erklärt werden. Der Wahlaufruf ist unterzeichnet vom Kreisvorsitzenden, dem Amtsgerichtsrat Heine-Osterburg. Nun hat auch der Bürgermeister von Osterburg unterzeichnet. Nach der Ansicht der Kommission hat sich also der Amtsgerichtsrat durch die Unterschrift des Bürgermeisters beeinflussen lassen. Wo kommen wir da hin? Die Wahl muß für gültig erklärt werden.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Im Blockreichstag waren die Herren von der Volkspartei über die Beifügung der Titel zu den Unterschriften anderer Meinung als jetzt. (Hört! Hört! rechts.) Früher sprach ein Kollege davon, daß man den 10000 Ortsvorstehern nicht die Gelegenheit nehmen dürfe, auch subjektiv ihrer Auffassung über die Kandidaten Ausdruck zu geben. Er sagte, er habe die subjektive Meinung, wenn schon einmal der Bürgermeister einen Wahlaufruf unterschreibe, dann könne man es ihm nicht verbieten, wenn er auch sein Epitheton ornans beifüge. (Hört! Hört! rechts.) Das sagte im Jahre 1904 der fortschrittliche Führer v. Payer. (Große Heiterkeit rechts.) Damals handelte es sich freilich um die Wahl des Abgeordneten Blumenthal. Wäre Herr Dr. Neumann-Hofer schon damals im Reichstag gewesen, so hätte er wahrscheinlich gegen Herrn v. Payer gestimmt. (Heiterkeit rechts.) Die Mehrheit für Hoesch ist sehr groß.

Im Falle Kröcher entschied die Kommission so, im Falle Hoesch so. Das sind nicht altbewährte Grundsätze der Wahlprüfungskommission, sondern funkelnagelneue. (Sehr richtig! rechts.) Hat man wenigstens untersucht, welche Unterschriften schon geleistet waren, ehe der Amtsvorsteher unterschrieb? Diese können doch nicht beeinflußt sein. Wir wollen nichts verschleppen. Aber wie sind die Prüfungen der Wahlen Haupt und Kölsch hinausgeschleppt worden! Gerade Dr. Neumann-Hofer hat beantragt, die Wahl Haupt wieder an die Kommission zurückzuverweisen. (Hört! Hört! rechts.) Ich hoffe, Herr von Payer wird, wie vor zehn Jahren, auch heute wieder auf meiner Seite sein. (Große Heiterkeit.) Es ist eine Beleidigung der Wähler, wenn sie behaupten, sie lassen sich durch eine Unterschrift des Amtsvorstehers so einschüchtern. Wer für eine objektive Prüfung der Wahlen ist, der muß sie einem unabhängigen Gerichtshof überweisen. Wer für das Recht ist, der muß die Wahl für gültig erklären. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vp.):

Ich muß es auf das allerentschiedenste zurückweisen, daß ich die Wahl Haupt verschleppt haben soll. Damals standen drei Wahlen Becker, Haupt und Koelsch zur Entscheidung. Bei allen drei Wahlen handelt es sich um dieselben Dinge. Mit einer Stimme Mehrheit wurde im Falle Becker der Beschluß der Kommission umgestoßen. Da war es eine Pflicht des Anstandes, der Kommission nochmals Gelegenheit zu geben, Stellung zu nehmen. (Lachen rechts.)

Damit schließt die Aussprache.

Abg. v. Payer (Vp.) persönlich:

Dr. Arendt glaubt mich mit mir selbst in Widerspruch setzen zu können. Das kann er nicht. Ich stehe immer noch auf dem Standpunkt meiner damaligen Rede. Damals handelte es sich aber um den Unterschied in der Stellung eines Bürgermeisters rechtlich einerseits und nach der Volksanschauung andererseits. Im übrigen richte ich mich nach der Praxis des Reichstags.

Der Antrag Westarp auf Gültigkeit der Wahl des Abg. Hoesch wird mit 176 gegen 149 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Für Gültigkeit stimmten mit der Rechten und dem Zentrum die Abgg. Dr. Becker (Wilb) und Strack (Natl.). Der Stimme enthielten sich u. a. die Abgg. Dr. Böttger (Natl.) und Zimmermann (Natl.).

Damit ist die Wahl des Abg. Hoesch für ungültig erklärt

Der Duellantrag.

Die Duellkommission legt einen Gesetzentwurf vor, der einen einzigen § 208a zum Strafgesetzbuch enthält. Er lautet: Hat der Herausfordernde oder der Annehmende die Herausforderung oder hat in den Fällen der §§ 205 bis 208 der Täter den Zweikampf vermerklich verschuldet, so tritt an Stelle der Festungshaft Gefängnisstrafe von gleicher Dauer. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Staatssekretär Dr. Lisco:

Der Reichskanzler bringt dem Gegenstand lebhaftes Interesse entgegen. Ich bitte, es als Ausdruck dieses Interesses aufzufassen, daß ich im Auftrag des Reichskanzlers hier erschienen bin, um ihn über die Wünsche und Auffassung des Hohen Hauses unmittelbar zu unterrichten. Der vorliegende Gesetzentwurf bringt gegenüber dem geltenden Recht sehr wichtige Neuerungen von grundsätzlicher Bedeutung. Es ist richtig, daß sich ähnliche Vorschläge bereits im Vorentwurf für das neue Strafgesetzbuch befinden, und daß auch die damit beschäftigte Strafrechtskommission bei der Nachprüfung des Vorentwurfs in beiden Lesungen sich diese Vorschläge zu eigen gemacht hat. Bei der Bewertung des Vorschlages darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß dieser Gedanke im Rahmen eines neuen Strafgesetzbuches Verwirklichung finden soll und mit anderen Fragen in engem Zusammenhang steht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140327016/fragment/page=0002

Für die Stellungnahme zu dem jetzt vorliegenden Entwurf wird es nicht allein darauf ankommen, ob die vorgeschlagene Neuerung sachlich berechtigt ist und ob sie in dem vorgeschlagenen Paragraphen die richtige Fassung gefunden hat, sondern auch darauf, ob sie in das System des jetzt noch geltenden Strafgesetzbuches eingefügt werden kann, und ob es angezeigt ist, diesen Punkt aus der allgemeinen Strafrechtsreform vorweg zu nehmen und einer gesetzlichen Regelung zuzuführen. Zu all diesen Fragen haben selbstverständlich die verbündeten Regierungen bisher keine Stellung nehmen können. Mit Rücksicht darauf muß sich die Reichsleitung zurzeit noch Zurückhaltung auferlegen. Der Reichskanzler ist aber bereit, in der heutigen Angelegenheit nach dem Abschluß der heutigen Verhandlung mit den amtlichen Stellen in Verbindung zu treten. (Beifall.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Staat muß mit aller Schroffheit erklären, daß das Duell kein privilegiertes Vorgehen ist, sondern eine dauernde Auflehnung gegen die öffentliche Ordnung. Wir empfehlen, den Antrag dahin zu erweitern, daß Beamten, die sich duellieren, die Fähigkeit abgesprochen wird, öffentliche Aemter zu bekleiden und daß Offiziere in diesem Falle aus dem Heere gestoßen werden.

Abg. Gröber (Zentr.):

Der lange Kampf, den der Reichstag gegen den Zweikampf führt, hat den rechten Erfolg noch nicht gehabt. Eine Wandlung der Anschauungen hat sich allerdings seit Erlaß des Reichsstrafgesetzbuches vollzogen. Damals wußte man noch nicht, ob man das Duell als eine Sitte oder Unsitte bezeichnen sollte, und man meinte, man solle es nach den Bedürfnissen des Lebens regeln. Das Duell nach den Bedürfnissen des — Lebens!

(Heiterkeit!) Heute ist über die grundsätzliche Stellungnahme des gesamten Hauses kein Zweifel mehr möglich. Wir nehmen heute dieselbe Stellung ein wie von Anfang an und fordern, daß der Zweikampf mit Gefängnis oder gar mit Zuchthaus bestraft wird. Wenn ein Hamburger Senator, der Träger der höchsten Staatsgewalt eines Bundesrates, zum Duell antritt, so ist es hohe Zeit, daß auch der Bundesrat sich der Sache annimmt. Wir wollen den Gesetzentwurf nicht durch andere Anträge komplizieren. Aber wir bleiben dabei, daß der Zweikampf als Verbrechen anzusehen ist. Recht muß recht bleiben.

Abg. von Brockhausen (Kons.):

Der junge Mann, der einmal den Schläger oder Säbel in die Hand nimmt, um seine Ehre zu verteidigen, macht sich nach unserer Auffassung nicht eines Verbrechens schuldig. Alle Parteien haben redlich gearbeitet, um eines Positives zu schaffen, um Ausschreitungen vorzubeugen und andererseits einer bestehenden Sitte zu genügen. Wir sind dafür, daß mit schweren Strafen Beleidigungen, Ehebrüchen und dergleichen entgegengetreten wird. Die Tragweite des vorgeschlagenen Gesetzentwurfs läßt sich nicht vollkommen übersehen. Wir haben trotzdem beschlossen, einstimmig für ihn einzutreten, und zwar aus der Erwägung, daß diese Materie einmal unbedingt in Fluß gebracht und geregelt werden muß. Die Regierungen sollen ihn als wichtiges Material eingehend und wohlwollend prüfen.

Abg. Dr. v. Calcker (Natl.):

Die Bedeutung des Gesetzentwurfs liegt darin, daß es zum ersten Male gelungen ist, in der Frage einen einstimmigen Beschluß des Reichstags herbeizuführen. Auch die Regierung scheint eine sympathische Haltung einzunehmen. Ein Wandel in den Anschauungen hat sich tatsächlich vollzogen. Der Gesetzgeber hat keine Probleme zu lösen, sondern im Rechte veränderten Anschauungen Rechnung zu tragen. Wir haben heute eine andere Auffassung der Ehre als früher: Die Ehre, die uns gestohlen werden kann, die kann uns — gestohlen bleiben. (Heiterkeit.) Dieser Aenderung kommt der Gesetzentwurf nach. Hoffentlich verstehen sich auch die verbündeten Regierungen dazu, ihre Stellungnahme danach einzurichten, so daß wirklich ein Gesetz zustande kommt.

Abg. Liesching (Vp.):

Die Duellfrage läßt sich nicht allein durch Strafgesetze lösen. Es gehört auch eine Aenderung der Auffassungen dazu. Demnach erscheint es notwendig, daß frevelhafte oder ehrlose Gesinnung, die ein Duell hervorruft, mit Gefängnis bestraft wird. Die sozialdemokratischen Anträge gehen aber zu weit.

Abg. Mertin (Rp.):

Der Zweikampf ist unter gewissen Umständen notwendig. Eine Verschärfung der Strafen würde ihn nicht aus der Welt schaffen. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir von vornherein wegen seiner Maßlosigkeit ab. Der von der Kommission vorgeschlagene Gesetzentwurf ist annehmbar, aber er soll nicht von heute auf morgen Gesetz werden. Seine Gesamttendenz erkennen wir gern an.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Freitag 12 Uhr: Konkurrenzklausel, Petitionen.

Schluß 6¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Die Wahl des Oekonomierats Hoesch kassiert.

In der Donnerstagsitzung des Reichstags wurde in namentlicher Abstimmung die Wahl des Abg. Hoesch (kons.) — Wahlkreis Stendal-Osterburg — mit 176 gegen 149 Stimmen, bei neun Stimmenthaltungen, für ungültig erklärt.

Von der Kaiserfahrt nach Korfu. Die deutschen Schiffe verlassen Freitag Venedig. Sie fanden seitens der Behörden und der Gesellschaft sowie der Bevölkerung eine so warme und entgegenkommende Aufnahme, wie kaum zuvor, so daß die deutschen Offiziere und Mannschaften den Aufenthalt in angenehmster und dankbarster Erinnerung behalten werden. — Der Kaiser hörte den Vortrag des Gesandten v. Treutler und Donnerstag vormittag die Vorträge der Chefs der Marine sowie des Militär- und des Zivilkabinetts. Donnerstag nachmittag fand beim Kaiser an Bord der „Hohenzollern" ein Tee statt, wozu etwa 60 Einladungen an Damen und Herren der venezianischen Gesellschaft, an die Herren der deutschen Botschaft sowie an die Offiziere der deutschen Schiffe ergangen waren. — Die „Hohenzollern" und die anderen Schiffe gehen Freitag vormittag nach Miramare in See. — Der Kaiser hat dem Präfekten Rovasenga den Roten Adlerorden 2. Klasse mit Stern verliehen.

Die Reichstagskommission für das Submissions- und Lehrlingswesen beschloß mit 14 gegen 12 Stimmen, dem Plenum die Annahme eines Gesetzantrages zur reichsgesetzlichen Regelung des Gegenstandes zu empfehlen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages wurde einstimmig eine Entschließung vorgeschlagen. Sie ersucht den Reichskanzler, in den Verwaltungen, für die er zuständig ist, auf dem Wege der Verordnung die in dem Antrage niedergelegten Grundsätze durchzuführen und auch bei den einzelstaatlichen Regierungen darauf hinzuwirken, daß sie beobachtet werden. Der Bericht über die zweite Lesung der Kommission wird nach Ostern fertiggestellt werden.

Gegen den strengen Arrest. In der Donnerstagsitzung der 27. Kommission des Reichstags zur Beratung der Novelle zum Militärstrafgesetzbuch wurde der in erster Lesung abgelehnte fortschrittliche Antrag betr. Streichung des strengen Arrestes bei minderschweren Fällen der unerlaubten Entfernung mit 11 Stimmen der Fortschrittler, Polen und Sozialdemokraten gegen 9 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. Am Schluß der Sitzung erklärte Kriegsminister v. Falkenhayn, daß die Novelle zum Militärstrafgesetzbuch in der Fassung, die sie durch die Kommissionsbeschlüsse erhalten habe, für die Heeresverwaltung unannehmbar sei.

Das diesjährige preußische Eisenbahnanleihegesetz ist dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangen. Der Entwurf fordert den Bau von acht Haupteisenbahnen, 10 Nebenbahnen und die Mittel zur Herstellung von zweiten und weiteren Gleisen sowie die Mittel zum Erwerb des Eigentums des Cronberger Eisenbahnunternehmens, ferner 6 794 000 Mk. zur Beschaffung von Fahrzeugen auf den neu zu bauenden Bahnen, 173 200 000 Mk. zur Beschaffung von Fahrzeugen für die bestehenden Bahnen, 6 500 000 Mk. zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen; insgesamt erfordert der Entwurf die Summe von 506 211 000 Mk.

Ausland.

Zum Offiziersstreit in England.

Im Gegensatz zu den ersten Tagen der Woche war Downingstreet Donnerstag vormittag, abgesehen von der verdoppelten Polizeimannschaft, fast verlassen. Das Hauptinteresse richtete sich auf die im Kriegsamt stattfindende Besprechung, wozu eine Anzahl Generale bereits eingetroffen war. Eine große Volksmenge hatte sich vor dem Kriegsamt in Erwartung der Besprechung angesammelt. Als der Kriegsminister eintraf, rief ihm eine Person aus der Menge zu: Sie sollten sich schämen! Seely schenkte dem Rufe keine Aufmerksamkeit und begab sich ins Ministerium, wo er sein Zimmer aufsuchte.

Die Londoner Morgenblätter nutzen die Vorgänge im Parlament je nach ihrer politischen Richtung aus. Die Konservativen sind im höchsten Grade erbittert, daß die Stellung der Regierung neuerlich befestigt worden ist. „Daily Mail" schreibt: „Es ist klar, daß die Regierung den Vertrag, den Oberst Seely mit den Offizieren geschlossen hat, umgehen will. Das Abkommen mit General Gough ist unmöglich. Weitere schwierige Komplikationen stehen also bevor. In jedem Falle ist die Situation der Regierung so lächerlich und unmöglich, daß ihre einzige Rettung die sofortige Ausschreibung von neuen allgemeinen Wahlen ist."

Der Kaiser und der russische Kriegsminister. Der offiziöse „Ruskoje Slowo" gibt in der Donnerstagnummer genauere Auskunft darüber, welche Tatsachen die Gerüchte über den Plan eines deutsch-russisch-französischen Bündnisses veranlaßt haben. Danach soll Kriegsminister Suchomlinow im vergangenen Dezember während seines Aufenthalts in Deutschland eine Unterredung mit dem Deutschen Kaiser über die politische Lage gehabt haben. Kaiser Wilhelm habe erklärt, er wisse wohl, daß Oesterreich eine schwere Krise durchmache, und könne sich somit auf die Hilfe Oesterreichs im Ernstfalle nicht verlassen. Ein Bündnis zwischen Deutschland, Rußland und Frankreich sei nötig, um den gegenseitigen Rüstungen ein Ende zu machen. Die Teilung Oesterreichs könnte tatsächlich die Grundlage eines solchen Bündnisses bilden. Suchomlinow soll diese Frage bei seiner Weiterreise nach Paris mit französischen Politikern erörtert haben. — Der **„Ruskoje Slowo" stellt aber fest, daß Suchomlinow mit verantwortlichen Leitern französischer Politik nicht gesprochen hat.** Schon das drückt der ganzen Erzählung, deren Absicht, in Oesterreich Mißtrauen gegen Deutschland hervorzurufen, deutlich genug zutage tritt, den Stempel der Unwahrscheinlichkeit auf.

Ein englisch-französisches Militärabkommen? Der „Excelsior" veröffentlicht eine Unterredung seines Londoner Korrespondenten mit einem der hervorragendsten englischen Staatsmänner, dessen Namen geheim gehalten wird; es kann sich jedoch nur um Lord Roberts handeln. Der Staatsmann äußerte sich über etwa getroffene militärische Verständigungen zwischen der englischen und der französischen Regierung und ließ durchblicken, daß tatsächlich derartige Abmachungen zwischen den beiden Regierungen getroffen worden sind. Die französische Regierung veröffentliche nur aus dem Grunde nichts Genaueres darüber, weil sie der englischen Regierung keine Ungelegenheiten mit der mächtigen englischen Arbeiterpartei im eigenen Lande bereiten will.

Provinzial-Nachrichten.

D. **Löbejün,** 26. März. **(Eine Sanitätskolonne)** wurde heute auf Anregung des Bürgermeisters Thwiehaus-Wiebe gegründet. In der Vorstandssitzung wurden folgende Herren gewählt: Zum Vorsitzenden Herr Bürgermeister Thwiehaus-Wiebe, Kolonnenführer Herr Lehrer Mennicke, Stellvertreter Herr Glasermeister Karl Steppin, Kassenführer Herr Steinbruchsarbeiter Max Brömme und Zeugverwalter Herr Kutscher Friedrich Funke. Die beiden anwesenden Aerzte, Herren Dr. Schmidt und Dr. Dreßler, welche die Ausbildung übernommen haben, wurden ebenfalls in den Vorstand aufgenommen.

n. **Teuchern,** 26. März. (Fortschrittliche Volkspartei.) Eine hier stattgefundene Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei faßte folgende Resolution: „Die am 22. März 1914 in Teuchern tagende Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei ist unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse des Wahlkreises Weißenfels—Zeitz—Naumburg einstimmig der Ueberzeugung, daß derselbe nur durch eine fortschrittliche Kandidatur der Sozialdemokratie zu entwinden ist. Sie beschließt deshalb unter weiterer Würdigung, daß die Stimmen der auf nationalem Boden stehenden Arbeiter nur für eine fortschrittliche, nicht aber für eine weiter nach rechts stehende Kandidatur zu haben sind, einstimmig, für die kommende Reichstagswahl unbedingt an einer eigenen Kandidatur festzuhalten, und als Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei den früheren Vertreter des Wahlkreises im Reichstage, Herrn Rektor Sommer in Burg (Bez. Magdeburg) aufzustellen."

n. **Hohenmölsen,** 26. März. **(Erschossen.)** Der Soldat Reinhold Vetter war ohne Urlaub aus seiner Garnison Halle hierher gereist, aber festgenommen und seinem Truppenteil wieder zugeführt worden. Jetzt gelangte nun hierher die Mitteilung, daß sich Vetter, jedenfalls aus Furcht vor Bestrafung, in der Nacht zum 24. März in der Kaserne mit seinem Dienstgewehr erschoß.

Oberrößlingen am See, 26. März. **(Neuer Bergwerksdirektor.)** Zum 1. April d. J. ist Herr Bergwerksinspektor Wolf zum Bergwerksdirektor der Riebeckschen Montanwerke hiesigen Bezirkes (Grube Kupferhammer, Grube Credner, Grube Walters Hoffnung und Grube Fürstenberg) ernannt worden.

□ **Kölleda,** 25. März. **(Die Bauarbeiten an der Neubaulinie Kölleda—Laucha)** sind so weit vorgeschritten, daß die landespolizeiliche Abnahme der ersten Teilstrecke vom Bahnhof Kölleda bis Bahnhof Lossa im nächsten Monat stattfinden kann.

Erfurt, 25. März. **(Keine Steuererhöhung.)** Die Etatkommission beschloß heute abend, die kommunalen Steuerzuschläge für das Verwaltungsjahr 1914/15 in der bisherigen Höhe zu belassen: 158 Prozent Einkommensteuerzuschlag, 188 Prozent Realsteuer, 3,04 pro Mille Grundsteuer nach dem gemeinen Wert.

Rottleberode, 26. März. **(Arg enttäuscht)** wurde eine glückliche Braut aus Mansfeld, die mit ihrer Mutter kam, um ihren angeblichen Bräutigam, den Fleischer und Fuhrwerksbesitzer Herm. S., hier unerwartet zu besuchen. Dieser wintte der nichtsahnenden Braut schon von weitem zu, sich doch wieder zu entfernen und nicht zu kommen, weil seine angeblich vor zwei Jahren schon von ihm geschiedene Ehefrau, die aber bis heute nichts von der Scheidung weiß, auf dem Hofe war. Mutter und Tochter, die bereits in vier Wochen Hochzeit feiern wollte, fuhren mit dem nächsten Zuge unter Zornesäußerungen über diesen Schwindel davon. Voraussichtlich wird die Braut die erlogene Versprechung gerichtlich verfolgen.

Aschersleben, 26. März. **(Die Stadtverordneten)** bewilligten in ihrer letzten Sitzung 2000 Mark für das im Mai stattfindende Provinzialbundesschießen. Der Magistrat hat 3000 Mk. beantragt.

Magdeburg, 26. März. **(Todessturz aus dem Fenster.)** Heute vormittag gegen 10 Uhr stürzte sich das bei einer Herrschaft Breiteweg Nr. 232a in Stellung befindliche Dienstmädchen Marie Barby aus Sandersleben aus einem nach dem Hasselbachplatz zu gelegenen Fenster des dritten Obergeschosses und blieb auf der Stelle tot liegen. Das etwa 19jährige Mädchen war des Diebstahls beschuldigt und sollte heute in Haft genommen werden.

Blankenburg, 26. März. **(80. Geburtstag.)** Generalleutnant Joseph von Schöler in Blankenburg am Harz feiert heute seinen 80. Geburtstag. Von 1886—1888 war er Inspekteur der Landwehrinspektion Berlin.

)—(**Dessau,** 26. März. **(Eine Erinnerung an den Aufenthalt Wallensteins)** bietet das Restaurant „Zu den drei Kronen" auf dem Großen Markt. An diesem Gebäude, das 1522 von dem Schloßhauptmann zu Dessau, Hans von Heinitz, erbaut worden ist, nach 1570 in den Besitz der Familie von Kötschau kam und um 1620 die fürstliche Münze beherbergte, wies bisher eine Tafel darauf hin, daß das Haus im April 1626 kurz vor und nach der Schlacht an der Dessauer Brücke dem kaiserlichen Generalissimus Wallenstein zum Quartier diente. Diese Tafel wurde jetzt durch eine ca. 1 Meter hohe bronzene Plakette mit dem Kopf des kaiserlichen Generalissimus ersetzt, die von dem Lehrer an der Kunstgewerbeschule, Bildhauer Gantermann, im Auftrage des Anhaltischen Kunstvereins ausgeführt wurde.

Coswig, 25. März. **(Ein großzügiges Projekt,)** der Bau einer Industrie-Hafenbahn, geht seiner Vollendung entgegen. Die Erbauerin ist die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoffabrik. An diese Bahn schließen an: Anhaltische Zündwarenfabrik, Chemische Industrie, Chemische Fabrik, Sprengstoffabrik, Gebr. Müller und Anhaltische Farbwerke. Unter der Gebr. Müllerschen Papierfabrik an der Elbe wird eine Hafenanlage erbaut werden. Mit dem Bau der Bahn erfolgt der Bau einer größeren Fabrik auf dem Terrain der Sprengstoffabrik.

✤ **Weimar,** 25. März. **(Selbstmord.)** Der Rittergutsverwalter Rudolf in Oßmannstedt jagte sich eine Kugel in den Kopf, als ihn der Gendarm wegen einer vorliegenden Anzeige verhaften wollte. In schwerverletztem Zustande wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Eisenach, 26. März. **(Vom neuen Wartburghotel.)** Das nächsten Sonnabend zur Einweihung gelangende und mit einem Kostenaufwand von rund einer Million Mark erbaute neue Wartburghotel, das nach den Plänen des berühmten Burgenerbauers Professor Bodo Ebhardt errichtet worden ist, enthält auch einen sehr geräumigen, etwa 20 Meter langen und 10 Meter breiten Festsaal, der das Prunkstück des sonst sehr einfachen Gebäudes darstellt. Ein solcher Saal hat sich seit jeher auf der Wartburg als großes Bedürfnis erwiesen, weil es bisher unmöglich war, größere Versammlungen auf der Wartburg veranstalten zu können. Der prächtige Saal ist von berühmten Meistern in künstlerischer Weise hergerichtet worden und wird auf die Besucher der Wartburg eine große Anziehungskraft ausüben. Es werden daher künftig auch auf der Wartburg selbst größere Verbände ihre Tagungen abhalten. Die Einweihung des neuen Wartburghotels wird mit einem romanischen Feste verbunden sein.

Eisenach, 25. März. **(Verhaftet)** wurde hier der Glühlampenfabrikant Hohmann. Wie die Eisenacher Tagespost meldet, soll sich H. der fortgesetzten Hehlerei zum Nachteil der hiesigen Fahrzeugfabrik schuldig gemacht haben. Auch wird ihm die Anstiftung zum Meineid, Verleitung zum Meineid oder gar die Leistung eines Meineides zur Last gelegt. Verschiedene Haussuchungen, die bei H. vorgenommen wurden, förderten ungefähr 20 Briefe zutage, die für H. sehr belastendes Material enthielten. Die Angelegenheit hat inzwischen auch weitere Kreise gezogen. Gestern wurde auch der Kaufmann Max Walther verhaftet. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

— **Buhla,** 26. März. **(Rittergutsverkauf.)** Unser hiesiges Rittergut, das erst im Januar in den Besitz des vor kurzem verstorbenen Herrn Taubert übergegangen war, ist jetzt von den Erben an Herrn Generalmajor Riedel v. Konzheim verkauft.

□ **Meiningen,** 25. März. **(Der Raub im Landratsamt.)** In dem Täter, der in der Nacht zum vorigen Sonnabend in das Herzogliche Landratsamt hierselbst einbrach und über 4000 Mark erbeutete, wurde der von hier gebürtige Schuhmacher Karl Gottbehüt ermittelt und verhaftet. Es handelt sich um einen wegen Kirchenraubes usw. mit Zuchthaus schwer vorbestraften Menschen, der als internationaler Einbrecher gilt und erst kürzlich aus Luxemburg nach seiner Heimat gekommen ist. Auch seine „Braut", eine Italienerin, wurde wegen Beihilfe festgenommen.

Jena, 26. März. **(Die Arbeiten zur Höherlegung des Saalbahnkörpers)** innerhalb des Stadtgebietes sind fast vollendet. In wenigen Tagen wird mit dem Oberbau der etwa 4 Kilometer langen hochliegenden Strecke begonnen werden. Bereits mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplans wird man vorläufig den zweigleisigen Betrieb auf der Neubaustrecke aufnehmen. Zu gleicher Zeit büßte auch auf der Strecke Jena-Göschwitz der Meimar-Geraer Bahnlinie das zweite Gleis in Betrieb genommen werden. Damit ist der zweigleisige Ausbau der beiden hiesigen Bahnlinien vollendet.

w. **Coburg,** 26. März. **(Vom dritten Stockwerk abgestürzt.)** In einem Hause der Bahnhofstraße stürzte gestern nachmittag beim Spielen der 10 Jahre alte Sohn der dort wohnenden Arbeiterin Juch vom Treppengeländer im dritten Stockwerk in den Hausflur hinab und war sofort tot.

Leipzig, 26. März. **(Verhafteter Mädchenhändler.)** Unter dem dringenden Verdacht des Mädchenhandels wurde in Leipzig ein 25jähriger Kellner Vetter verhaftet. Er wird beschuldigt, gewerbsmäßig aus Leipzig und Umgebung junge Mädchen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140327016/fragment/page=0003

nach Hamburg und anderen Städten in öffentliche Häuser gebracht zu haben.

Chemnitz, 25. März. (Die Fleischer-Innung) hat entsprechend dem Vorgehen der Fleischer in anderen Städten beschlossen, daß mit Rücksicht auf das Sinken der Einkaufspreise für Schweine die Verkaufspreise für Schweinefleisch entsprechend herabgesetzt werden sollen, soweit das bisher in angemessener Weise noch nicht geschehen ist. In der Versammlung, in der dieser Beschluß zustande kam, wurde bei der Erörterung der Fleischkreisfrage von allen Seiten hervorgehoben, daß die gegen früher erheblich gestiegenen Unkosten in den Fleischereibetrieben verteuernd wirken und daß ferner die Preise für Kalbfleisch im Verhältnis zu den Preisen für Kälber wesentlich zu niedrig sind.

Kunst und Wissenschaft.

Das Kölner Jatho-Denkmal. Professor Hugo Lederer hat soeben das Denkmal vollendet, das Freunde und Verehrer Karl Jatho auf dem Kölner Friedhofe setzen, wo er neben seinem früh verstorbenen Sohne ruht. Lederer entwarf ein Denkmal von der Art eines in Großförmige gesteigerten griechischen Grabreliefs. In einfacher, großgegliederter Umrahmung, unter horizontalem Abschluß erscheint das Hochrelief eines Sämannes. Nach rechts schreitet die gewaltige Gestalt im Profil, der eine Arm hinter dem Körper wirft das Korn aus, der vordere, rechtwinklig vorgreifend, hält das Gewandstück, in dem die Aussaat ruht.

Ein Denkmal für den Flötenvirtuosen Quantz. In Oberscheden, der Heimat des berühmten Flötenvirtuosen Johann Joachim Quantz, des Lehrers der holden Kunst Friedrichs des Großen, soll dem vor 140 Jahren in Potsdam Verstorbenen ein Gedächtnisbrunnen errichtet werden, weil das Geburtsbaus selbst nicht mehr vorhanden ist.

Theater und Musik.

Parsifal in Dresden.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Der Dresdener „Parsifal" reiht sich den besten Wagner-Aufführungen dieser Bühne würdig an. Sein Besonderes wird neben dem Reichtum aller Mittel, der einem solchen Institut in unbegrenzter Fülle zur Verfügung steht, im Musikalischen zu suchen sein. Vom Orchester an (das man nach Bayreuther Tradition verdeckt hatte), das unter Schuch in blühendem Wohllaut schwelgte, bis zu den Solisten und Chören klang dieser Parsifal mit der ganzen ihm eingeborenen Macht in die Sinne und Herzen. Vogelstroms Parsifal, die Kundry der Frau Plaschke-von der Osten, Plaschkes Amfortas, Zottmayers Gurnemanz, Zadors Klingsor, die Blumenmädchen (unter ihnen die Seebe, Sturzner, Merren, v. Schuch), sie alle sangen so schön, wie man es sich nur wünschen konnte; darstellerisch wird die zweite Kundry der Helena Forti als die einzig überragende Leistung zu kennzeichnen sein. Ihr wildes Weib war ebenso innerlich mächtig wie ihre Vorführerin und dienende Büßerin. Neben ihr besteht vielleicht nur Plaschkes Amfortas. Vogelstrom, als „reiner Tor" menschlich sympathisch, genügte namentlich im zweiten Akte nur teilweise. In der Szene der Blumenmädchen hätte man viel von Dalcroze lernen können. Szenisch konnte man mit größerer Entschiedenheit selbständig sein. Neben den sehr realistischen Waldlandschaften mit den uralten Bäumen im Vordergrunde stand die monumental stilisierte Halle der Gralsburg ohne viel Beziehung. Dieses Halbrund aus glatten grauen Quadern, mit seinen ebenfalls im Halbrund angeordneten mächtigen glatten Säulen hatte, wenn auch um einiges zu düster, Monumentalität, hatte das Magische, das man im übrigen auch sonst an vielen Stellen der Darstellung und Aufführung noch vermißte. Wirkungsvoll war das Versinken von Klingsors in feurigen Girlanden roter Orchideen prunkendem Zaubergarten zu fahlen Aschenhaufen; Klingsors Beschwörungsszene aber bediente sich doch veralteter Mittel. Die Wandeldekoration des ersten Aktes war in ihrer Illusionsförderung brauchbar. Das Publikum (seit Wochen sind die ersten Aufführungen trotz sehr erhöhter Eintrittspreise ausverkauft) empfing dieses Werk würdig und machte diese Aufführungen zu einem künstlerischen Ereignis ersten Ranges.

Alfred Günther.

Eine „neue" Haydn-Sinfonie.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die im Juli 1913 in der Hofbibliothek des Fürsten zu Fürstenberg in Donaueschingen aufgefundene Sinfonie in D-Dur von Josef Haydn gelangte in einem Novitätenabend des Winderstein-orchesters unter Leitung von Hofkapellmeister Hagel zur ersten Aufführung. Eine Ueberraschung oder ein neues Bild von Haydn bot die Sinfonie freilich nicht. Sie ist durchweg im Stile der nach Dutzenden zählenden übrigen Sinfonien des Altmeisters gehalten. Nur das Menuett ist, wie so oft bei Haydn, in seiner Gegenüberstellung von derbem Tanzrhythmus und einer zarten Kantilene ein Kabinettstückchen klassischer Sinfonie.

P. C.

Bühnenchronik.

Der Chor des Hamburger Stadttheaters soll in seinen Bezügen aufgebessert werden. Die Stadt hat zu diesem Zwecke den Zuschuß von 46 000 auf 76 000 Mark erhöht.

„Am Vorabend", das im Ausland viel gespielte Drama des jung verstorbenen Dramatikers Leopold Kampf, wird am 27. März im Heidelberger Stadttheater zur Erstaufführung gelangen. In Preußen ist das Stück bekanntlich verboten; die seinerzeit gemachten Aufführungs-Versuche der Neuen Freien Volksbühne und des Hamburger Schillertheaters sind gescheitert. Das Heidelberger Theater ist also die erste deutsche Bühne, an der „Am Vorabend" zur Aufführung gelangen kann.

Die Stadtverordneten von Königsberg bewilligten dem Stadttheater einen Jahreszuschuß von 130 000 Mark und dem Neuen Schauspielhaus von 12 500 Mark unter der Bedingung monatlicher Volksvorstellungen zu billigem Eintrittspreise.

Die Uraufführung der Oper: „Der heilige Berg" von Christian Sinding (Text von Dora Duncker) findet am 19. April d. J. im Dessauer Hoftheater statt.

Vermischtes.

Der mißverstandene Kosmos. In seinem kürzlich erschienenen überaus amüsanten Erinnerungen „Aus meinem Leben" erzählt Roosevelt aus der Zeit seiner Präsidentschaft folgende niedliche Episode: „Zum Senat und zum Unterhause gehörte u. a. ein sehr einflußreicher Parteiführer, ein plumper, energischer, in mancher Hinsicht bewunderungswürdiger Mann, der aber die nach dem Kriege aufgekommene geschäftliche und politische Schule durchgemacht hatte, so daß sein Verhalten dem Leben gegenüber mich ein wenig an Artemus Wards Ausspruch über den Tower von London erinnerte: „Wenn er mir gefällt, werde ich ihn kaufen." Es war damals seitens der Regierung eine große Arbeit zu vergeben, für die sich dieser Führer lebhaft interessierte, und in bezug auf die er immer wünschte, daß ich einen Mann, zu dem er großes Vertrauen hatte und den ich Pitt Rodney nennen will, zu Rate zöge. Eines Tages erwiderte ich ihm: „Das Schlimme an Rodney ist, daß er sein Verhältnis zum Kosmos falsch einschätzt!" worauf er entgegnete: „Kosmos — Kosmos? Von dem habe ich nie gehört. Halten Sie sich nur an Rodney! Das ist der rechte Mann für Sie."

Zweimal unschuldig verurteilt? Der Handlungsgehilfe Georg Heinrich Ehrhardt, der vor Jahren in München wegen Raubes, Erpressung und Kuppelei zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und die Strafe auch verbüßt hatte, kam später nach Frankfurt. Hier fiel der Verdacht auf ihn, einen Einbruch in einer Villa an der Bockenheimer Landstraße verübt zu haben. Auf das Zeugnis eines Dieners hin, der Ehrhardt wiederzuerkennen glaubte, und in Anbetracht seiner schweren Vorstrafen wurde Ehrhardt für schuldig befunden und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, obwohl er andauernd behauptete, unschuldig zu sein. Auch die von ihm eingelegte Revision wurde verworfen, und er mußte seine Strafe antreten. Als er etwa fünf Monate davon verbüßt hatte, wurde Ehrhardt im achten Monat der Haft auf freien Fuß gesetzt, weil inzwischen der wirkliche Täter ermittelt worden ist. Zugleich wurde das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet, in dem der Termin auf den 31. d. M. in Frankfurt a. M. angesetzt ist. Inzwischen ist aber auch in der Münchener Strafsache des Ehrhardt das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet und der Termin auf den 17. April angesetzt worden, weil ein Mann auf dem Krankenlager gestanden hat, daß er die Tat beging, wegen der Ehrhardt verurteilt worden war. Ehrhardt war gerichtsbekannt und hatte inzwischen auch verschiedene kleinere Strafen erlitten, die nach seinen Aussagen stets zu unrecht verhängt wurden, weil man ihm auch nie etwas geglaubt habe und in ihm immer nur den schweren Verbrecher sah.

Götterdämmerung und Katerstimmung. Als in der Aufführung von Wagners „Götterdämmerung" in Krefeld Hagen den Siegfried auf den Tod verwundet hatte und, nach dem Klagen der getreuen Mannen, Siegfried sich zum letzten Schwanengesang erhob, da zog ein schwarzer Kater mehrmütig an der Rampe vorüber, sprang mit einem kühnen Satz über das Orchester in die Prosenniumsloge und stimmte — ob in rechter Tonart, bleibe dahingestellt — eine „eindrucksvolle Katzenarie" an. Die Zuhörer hörten nicht mehr auf Held Siegfried, sie verfielen mit Herz und Sinn den Zauberklängen der Katerkehle. Ob der Kater nach den Raben Wotans lüstern war, die über die Bühne flatterten, schreibt dazu die „Rhein.-Westf. Zeitg.", oder ob er meinte, daß neben dem Walkürenroß auch andere vierbeinige Gäste im Musentempel ihre Heimstätte haben können, wer kann es wissen?

Der Segen der Doppelherrschaft. Aus Thüringen wird uns geschrieben: Der Ort Neustadt a. Rennweg besteht aus einer sachsen-meiningischen und aus einer schwarzburgischen Hälfte. Unter den Einwohnern, die mit dieser Doppelherrschaft unzufrieden waren, tat sich ein Herr, den wir Herrn X. nennen wollen, ganz besonders hervor. Sein Haus liegt zur Hälfte auf meiningischem und zur Hälfte auf schwarzburgischem Boden. Er ließ keine Gelegenheit vorübergehen, bei der er über den Unsegen dieser Doppelherrschaft lossziehen konnte. Immer wieder betonte er, man habe davon nichts als Schaden und Unkosten. Dieser Tage aber sollte er erfahren, daß er Unrecht hatte. Er hatte einen Wechsel einzulösen, was ihm momentan unmöglich war. Sein Hinweis darauf, daß er binnen ganz kurzem zu Gelde kommen würde, rührte den Gläubiger nicht, und gegen Herrn X. wurde Pfändung anberaumt. Der meiningische Gerichtsvollzieher erschien zwei Tage vor der Pfändung persönlich bei Herrn X. Als der Tag der Pfändung herankam, fand der Gerichtsvollzieher jedoch den Teil der Wohnung, der auf meiningischem Gebiet liegt, vollständig ausgeräumt. X. war mit all seinem Hab und Gut in den anderen Teil seiner Wohnung ins Schwarzburgische übergesiedelt. Die Angelegenheit wurde nun den schwarzburgischen Behörden übergeben. Als aber der schwarzburgische Gerichtsvollzieher erschien, hatte X. seinen Wechsel schon eingelöst.

Ueberfall auf einen Pachthof. Ein furchtbares Verbrechen haben, wie aus Paris berichtet wird, sechs maskierte Banditen in dem kleinen Orte Ogy begangen. Sie drangen in einen Pachthof ein, ermordeten den 60jährigen Pächter Degavre und seinen 30jährigen Sohn, fesselten alle Frauen, die sich auf dem Gute befanden und vergewaltigten sie. Dann brachten sie den meisten der Frauen schwere Verletzungen bei und ließen sie in hilflosem Zustande liegen. Die Banditen plünderten das ganze Anwesen, raubten mehrere tausend Franken Bargeld und zündeten dann den ganzen Pachthof an. Ein großes Polizeiaufgebot ist eifrig auf der Suche nach den Verbrechern.

Einigung zwischen Aerzten und Kassen in Breslau. Breslauer Blättern zufolge sind in der Mittwoch spät abends beendeten Sitzung von Aerzten und Vertretern der Krankenkassen alle zwischen ihnen strittigen Punkte erledigt worden. Der Friede tritt am 1. April in Kraft.

Das Trinkgeldgeben — ein Verbrechen. In dem nordamerikanischen Staate Albany hat ein Herr Simplon einen Gesetzentwurf im Senat eingebracht, in dem den Angestellten, Agenten, Pächtern und Besitzern sämtlicher Hotels, Restaurants strengstens verboten wird, Trinkgelder anzunehmen. Das Geben, wie das Nehmen von Trinkgeldern sollen ein Verbrechen darstellen und mit Gefängnis bestraft werden. Die Gesetzgeber des Staates Albany haben das Gesetz mit Begeisterung angenommen. Es fragt sich jetzt nur, ob die Herren, die das Trinkgeldgeben derart zum Verbrechen gestempelt haben, es noch wagen werden, in einem Restaurant oder Hotel zu erscheinen, ohne von den Angestellten geknickt zu werden.

Letzte Depeschen.

Ein angeblicher Kaiserbrief.

Berlin, 26. März.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zitiert heute einen Artikel der „Hamburger Nachrichten", der unter der Ueberschrift „Mißbrauch eines Privatbriefes des Kaisers" die Handlungsweise einer Anzahl von Blättern scharf kritisiert, die einen angeblichen Kaiserbrief veröffentlicht haben, der im Jahre 1901 an die Landgräfin von Hessen gerichtet worden sei und sich im Nachlasse des Kardinals Kopp befunden haben soll. In dem Artikel wird weiter darauf hingewiesen, „daß der Kaiser, obwohl ein treuer Anhänger des evangelischen Bekenntnisses, in seinem Leben bewiesen habe, daß er auch das katholische Bekenntnis sehr hoch achte. Da nun das Hamburger Blatt, dessen grundsätzlicher Auffassung über den nichtöffentlichen Charakter des Briefes und über die Stellung des Kaisers zu den Konfessionen wir beitreten, eine amtliche Aufklärung über das Schriftstück verlangt, so möchten wir bemerken, daß amtliche Nachforschungen nach seinem Verbleib noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Im Nachlaß des Kardinals Kopp hat sich der Brief, wie wir hören, bisher nicht vorgefunden."

Reichstags-Stichwahl in Borna.

Borna, den 27. März (Priv.-Tel.) Bei der gestrigen Reichstags-Stichwahl im 14. sächsischen Wahlkreise Borna-Pegau wurden bis 10 Uhr abends gezählt für v. Liebert, Reichsp. 11946, für Ryssel, Soz., 13772. Ungültig 198 Stimmen. Es fehlen nur noch vierzehn Ortschaften, die aber am Resultat nichts mehr ändern. Ryssel gewählt.

Sitzung des Bundesrats.

Berlin, 26. März.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen: Der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen vom 25. Mai 1910, der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Altpensionäre und Althinterbliebene, der Entwurf von Bestimmungen über die Wehrbeitragssteuer. Einem vom Reichstage angenommener Entwurf von Gesetzen betreffend Festsetzung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1913 und eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1913 und von Gesetzen betreffend vorläufige Regelung des Haushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für 1914 wurde Zustimmung erteilt. Zur Annahme gelangten ferner: Die Vorlage betreffend Aenderung des Gesetzes vom 4. Dezember 1899 über die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, die Vorlage betreffend benachbarte Orte im Wechsel- und Scheckverkehr und betreffend die Orte, die im Sinne der §§ 499 und 664 3. P. O. als ein Ort anzusehen sind und die Vorlage über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Familien für im Reichsheer usw. eingestellte Söhne.

Unfall eines Fliegeroffiziers.

Wehlau, 26. März.

Ein mit zwei Offizieren besetztes Militärflugzeug, das in Königsberg aufgestiegen war, mußte hier vormittag eine Notlandung vornehmen. Beim Anlassen des Propellers zum Wiederaufstieg wurde Leutnant Gröner vom Propeller getroffen. Er erlitt einen Schädelbruch. Im Auto brachte man den Schwerverletzten, der noch nicht das Bewußtsein wiedererlangt hat, nach Königsberg.

Die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung.

Paris, 26. März.

Die Kammer beriet heute über die Vorlage, welche den Kriegs- und den Marineminister zu einer einmaligen Ausgabe zur Deckung der Bedürfnisse für die nationale Verteidigung ermächtigt. Es handelt sich um 1 143 500 000 Fr. für die Armee und um 765 000 000 Fr. für die Marine. Hinsichtlich der für Pulver und Salpeter vorgesehenen 14 000 000 Francs bestand der Deputierte Denys Cochin auf der Notwendigkeit, die Schießübungen mit aus Nitroglyzerin zusammengesetztem Pulver fortzusetzen, und zwar auf Kanonen mit Kaliber 305 bis zur völligen Abnutzung derselben. General Gaudin, der Direktor der Abteilung für Schießpulver, rechtfertigte die angeforderten Kredite. Die Werkstätten arbeiteten seit drei Jahren und lieferten die höchstmögliche Menge. Dabei bestände täglich Gefahr, daß Unglücksfälle sich ereigneten. Gaudin fügte hinzu, daß, wenn er unter denselben Bedingungen weiterarbeiten sollte, er jede Verantwortung ablehnen würde. (Große Bewegung.) Gaudin erklärte schließlich, daß er Kredite brauche, um neue Werkstätten zu bauen und die bestehenden zu vergrößern. Marineminister Gauthier sagte, daß sein Ministerium sich den Proben mit Nitroglyzerin nicht widersetze. Diese seien begonnen worden mit Kaliber 75, diejenigen mit Kaliber 305 würden eineinhalb Millionen kosten. Admiral Le Bris, der Kommissar der Regierung, sagte, die Marine sei bereit, zwei Kanonen vom Kaliber 305 zur Verfügung zu stellen, um auf der einen mit Nitrozellulose und auf der zweiten mit Nitroglyzerin Versuche anzustellen, sobald das Pulver im Auslande gekauft sei. Kriegsminister Noulens erkannte an, daß diese Proben dringlich seien. Sie sollen in acht bis zehn Monaten stattfinden.

Ulster.

London, 26. März.

Der König und die Königin sind heute nachmittag von Chester zurückgekehrt. Ministerpräsident Asquith wurde sogleich in den Buckinghampalast befohlen.

London, 26. März.

In parlamentarischen Kreisen verlautet bestimmt, daß der Generalfeldmarschall French und Generalleutnant Ewart ihre Entlassung eingereicht haben, die von der Regierung angenommen sei.

Blutige Scharmützel.

Wien, 26. März.

In Albanien haben gestern erneut an mehreren Orten heftige Zusammenstöße zwischen aufständischen Epiroten und Albanesen stattgefunden, bei denen es zahlreiche Tote gab.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau, Donnerstag, 26. März, 8 Uhr morg.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das Tief hat sich zu einer von West- nach Osteuropa reichenden Furche ausgebildet, die in Verbindung mit dem hohen Druck im Norden eine Lage für kühleres, feuchtes Wetter bildet.

Witterungsaussicht für den 27. März:

Bewölkt mit Niederschlägen, teilweise Schnee, kälter.

Kirchliche Nachrichten.

Synagogen-Gemeinde. Freitag abend 6¼ Uhr, Sonnabend vorm. 9 Uhr Gottesdienst und Predigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140327016/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 8, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 205,50, Disconto 197,25, Deutsche Bank 260,12, Türkenlose 168, Lombarden 21,75, Canada 211, Laurahütte 153,75, Bochumer Guss 224,50, Gelsenkirchen 194, Harpener 183, Deutsch-Luxemburg 132, Phönix 239, A. E.-G. 247,87, Hamburger Paketfahrt 140,62, Nordd. Lloyd 122,62, Grosse Berliner Strassenbahn 160,50, Hansa 285,37. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Cröllwitzer Papier 2, Düsseldorfer Masch. 4, Kirchner & Co. 4,25, Busch opt. Anstalt 1,50, Deutsche Waffenfabr. 2,50, Schalker Glas 2,50, Schwanebeck Zement 2,50, Remberg Spinnerei 3,50, Elberfelder Farben 3, Concordia Bergbau 3,25, Donnersmarckhütte 2,25, Hasper Eisen 3, Roddergrube 14, Werschen-Weissenfels 3,50, Rhein. Braunkohlen 3,25, Stoewer Co. 3, Bachmann & Ladewig 2, Grosse Strassenbahn 2; niedriger: Terrain Nordost 2, Alfeld-Gronau Papier 3, Adler Fahrrad 4, Daimler Motoren 2, Deutsche Babcock 3, Kappel Masch. 2, Meinecke 2, Stoewer 2, Bayer. Zelluloid 2,90, Beca Record 2, Kartonnagen-Ind., junge 2,25, Deutsche Gasglühlicht 5, Duxer Porzellan 3,50, Gladbacher Spinnerei 3,75, Höchster Farben 4, Oranienburg chem. Fabr. 3,25, Gebr. Böhler 2, Saline Salzungen 2, Alsen Zement 2, Breitenburg Zement 2,90, Dürkopp 3.

*

Zum Kurszettel. Berlin, 26. März. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 96.40 G. 4% Bayrische Staats-Anl. 96,50bG, 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 96.80 G. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 — —. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 90.90b. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96.75G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 94 80G, 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 95,.0 G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 06, 09 — —. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 97,10 G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsch-Solvay-Werke 99.25 G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 102.00bB. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 09 97.50 B Vereinigte Lausitzer Glashütten 386.00bG.

Londoner Börse vom 26. März. Es notierten: Engl. Konsols 75 7/16. Rio Tinto 71.62. Geduld 1.18, Goldfields 2 3/16, Steel com 65,62. Steel prefs. .—, Rand Mines 5,71, Anaconda 7.50, Eastrand 1,84, Chartered 0,93, Aurora West 0,43. Cinderella Cons. 0,28, Johannesburg Goldfields 0,12, Van Ryn 3.51. Albus (Generals) 0.53, Rand Collieries 0,14, West Rand Consols 8/6, General Mining & Fin 17/32, A. Görz & Co. 1/16. Modderfontain 12.00.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 26. März.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	11100	11600	Johannashall	3700	4000
Bergmannssegen	7300	7500	Justus-Aktien	92%	94%
Burbach	11800	12200	Kaiseroda	7100	7400
Buttlar	700	800	Krügershall	120%	123%
Carlsfund	5600	5900	Mariaglück	1650	1725
Carlsglück	1375	1475	Max	4250	4400
Fallersleben	1750	1825	Neusollstedt	3250	3450
Felsenfest	3250	3450	Neustassfurt	12700	13000
Glückauf	19600	20000	Reichenhall	1750	1850
Günthershall	5100	5300	Ransbach	2650	2800
Hansa-Silberberg	5700	5900	Ronnenberg	93%	96%
Hedwig	1750	1850	Rothenberg	2600	2700
Heiligemühle	900	950	Salzdetfurth	345%	352%
Heiligenroda	10900	11400	Salzmünde	5800	5900
Heldburg	39½	41%	Teutonia	61%	64%
Heldrungen	1200	1275	Thüringen	3250	3400
Herta-Neurungen	2400	2500	Walter	1550	1650
Hohenfels	5600	5850	Wendland	900	975
Hohenzollern	7500	7800	Wilhelmshall	9500	9800
Hugo	9500	9900	Wintershall	20300	20700
Hüpstedt	2950	3050			

Sächsisch-Thüringische Portlandzementfabrik Prüssing & Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, zu Göschwitz. Die Gesellschaft, die für 1913 die Verteilung einer Dividende von wieder 16 Proz., und zwar auf das erhöhte Aktienkapital, sowie eine Erhöhung um 0,7 auf 4 Mill. Mk. beantragt hat, erzielte dem Geschäftsbericht zufolge einen Gesamtgewinn von 4,75 (i. V. 4,35) Millionen Mark, davon auf das Verkaufskonto 4,22 (4,04) Mill. Mark. Demgegenüber erforderten die Betriebsausgaben 3,01 (2,87) Mill. Mk. Zu ordentlichen Abschreibungen werden 605 000 (364 000) Mk. und zu besonderen Abschreibungen aus dem Reingewinn 471 000 (156 000) Mk. verwendet. Der Reingewinn beträgt 1 077 677 (1 087 411) Mk. Auf neue Rechnung werden 415 477 (530 122) Mk. vorgetragen.

An Einzelheiten führt der Bericht aus, dass das Geschäft des vergangenen Jahres nicht nur durch die beiden Aussenseiter in Mitteldeutschland, sondern auch unter der sehr ungünstigen Lage des Baugeschäftes in Berlin litt, wo das Unternehmen einen erheblichen Minderabsatz hatte. Die Mitteldeutsche Konvention ist dadurch verbessert, dass mit Ausnahme eines Werkes alle übrigen einer gemeinsamen Verkaufsstelle beigetreten sind, der sich die meisten Zementwerke der Nachbarverbände, soweit sie nach Mitteldeutschland liefern, angeschlossen haben. Bei Feststellung der Kontingente, die von der Mitteldeutschen Zementverkaufsstelle zu vertreiben sind, haben die neuen Drehöfen der Gesellschaft Berücksichtigung gefunden. Die Beschaffung der nötigen Kontingente in Mitteldeutschland war nur möglich, durch Stillegung dreier Werke, deren Kontingente dann der erwerbenden Gruppe Mitteldeutschlands zur Verfügung standen. Der Konzern der Gesellschaft ist daran mit 600 000 Mk. beteiligt. Ausserdem hat die Prüssing-Gesellschaft zur Beschaffung der Betriebsmittel der Verkaufsstellen Berlin, Halle und Hannover Bürgschaften von mehreren hunderttausend Mark übernehmen müssen. Diesen Lasten gegenüber wurde eine Erhöhung des eigenen Kapitals des Unternehmens notwendig.

Vom Rheinisch-Westfälischen Zementsyndikat. Die Direktion ladet nunmehr zu einer Mitgliederversammlung auf den 4. April ein, in der über die endgültige Verlängerung des Zementverbandes Beschluss gefasst werden soll. Da die in den letzten Tagen geführten Ausschussverhandlungen gute Erfolge gebracht haben, ist mit der definitiven Verlängerung nach unserer Information bestimmt zu rechnen.

Absatz des Kali-Syndikats. Wie in der Generalversammlung der A.-G. Bismarckshall mitgeteilt wurde, sind in den letzten Tagen die Aufträge für Fabrikate erheblich gewachsen, hauptsächlich sind auch aus dem Auslande wesentliche Orders eingegangen.

Preiserhöhung für Kupferbleche. Das Kupferblechsyndikat hat den Preis heraufgesetzt, und zwar um 2 auf 167 Mk.

„Ilse" Bergbau-Akt.-Ges. Die Generalversammlung, in der 20 Aktionäre 7 053 000 Mk. Kapital vertraten, setzte die Dividende auf 26 Proz. fest und genehmigte die Kapitalserhöhung um 5 Mill. Mk. durch Ausgabe von 6proz., auf den Namen lautenden Vorzugsaktien à 500 Mk. zum Nennwert. Die jungen Aktien die vom 1. Januar ab dividendenberechtigt sind, können nur mit Genehmigung des Aufsichtsrates und der Generalversammlung übertragen werden. Die Vorzugsaktien sollen den bisherigen Aktionären derart zum Bezuge angeboten werden, dass auf je eine alte Aktie à 1000 Mk. eine junge à 500 Mk. entfällt. Die Einlösung der Vorzugsaktien erfolgt zum Kurs von 105 Proz.; sie muss in 25 Jahren vollendet sein. Ueber die Aussichten des laufenden Jahres wurde von der Verwaltung folgendes mitgeteilt: Seit der Abfassung des Geschäftsberichtes habe sich nichts in den Verhältnissen des Unternehmens geändert. Bis zum Ablauf des Monats habe sich die Gesellschaft noch dem Absatz des Syndikats anzupassen, der wenig zufriedenstellend sei; infolgedessen habe in der letzten Zeit eine grössere Menge Briketts gestapelt werden müssen. Für später sind die Aussichten als gut zu bezeichnen und es sei anzunehmen, dass das laufende Jahr ein befriedigendes Ergebnis bringen werde.

Verdingung von Metallen. Die Königl. Eisenbahndirektion in Hannover hatte den Bedarf an Metallen öffentlich zur Lieferung ausgeschrieben, und zwar beziffert sich der Bedarf auf 108 920 kg Zinn, 12 660 kg Antimon, 77 150 kg Blockblei, 13 300 kg Walzblei, 16 300 kg Zink und 49 400 kg Zinkblech in Stärken von 0,5—2 mm. Am 19. März fand die Eröffnung der Angebote statt, und es war der billigste Preis, zu dem Zinn angeboten wurde, 353,50 Mk. (26. März 1913: 415,10 Mk.), für Antimon 47,45 (54.77) Mk., für Blockblei 37.90 (33,35) Mk., für Walzblei 44,20 (35.80) Mk., für Zink 46,95 (53,95) Mk. und für Zinkblech 51,75 (56,85) Mk. die 100 kg frei Waggon Bahnhof der einzelnen Werkstätten. Der Zuschlag für Zinn und Antimon erfolgt bis zum 24. März, im übrigen bis zum 1. April 1914.

Deutsche Maschinenfabrik, Akt.-Ges., in Duisburg. Der Aufsichtsrat beschloss wieder 8 Proz. Dividende bei reichlichen Rückstellungen und erhöhten Abschreibungen (i. V. 1 928 754 Mk.) vorzuschlagen. Zur Verstärkung der Betriebsmittel wird ferner vorgeschlagen, das Aktienkapital von 3½ auf 4 Millionen Mark zu erhöhen.

Bei der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln-Kalk zeigt der Verlauf des ersten Halbjahrs des Geschäftsjahres 1913/14 ein befriedigendes Ergebnis, so dass, falls keine unvorhergesehene Ereignisse eintreten, angesichts des in Höhe des Vorjahres vorliegenden Auftragsbestandes für das laufende Jahr auf die gleiche Dividende wie im Vorjahre (8 Proz.) gerechnet werden kann.

Dividendenausfall bei der Landbank in Berlin. Wie die Verwaltung mitteilt, wurde in der Aufsichtsratssitzung beschlossen, für 1913 eine Dividende nicht auszuschütten (i. V. 3 Proz.). Der Rohgewinn auf Grundstückskonto ist zwar eine Kleinigkeit, von 1,67 auf 1,80 Mill. Mk., gestiegen, wurde aber durch die aussergewöhnlich hohen Zinssätze und die Provisionen für Kredite, sowie durch Kursverluste an Pfandbriefen vollständig aufgezehrt. Ferner hinderte die Lage des Hypothekenmarktes die Abstossung von Restkaufgeldhypotheken durch Aufnahme erststelliger Beleihungen. Der Ueberschuss stellt sich daher nur auf 127 295 (671 984) Mk., der nach Dotierung der Reserven auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Die Verwaltung hofft von der inzwischen eingetretenen Erleichterung des Geldmarktes auch einen günstigen Einfluss auf den Hypothekenmarkt.

Die Bitterfelder Louisen-Grube, Kohlenwerk und Ziegelei A.-G., erzielte bei 10,84 (i. V. 11,23) Mill. hl Förderung nach 426 414 (532 362) Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 229 969 (228 092) Mk. und verteilt daraus wieder 18 Proz. Dividende. Die Grube Vergissmeinnicht sei jetzt auf 720 000 (1 125 000) Mk. und damit ausreichend abgeschrieben. Man hoffe, auf die zu erwartenden Marktschwierigkeiten vorbereitet zu sein und glaube wieder eine befriedigende Dividende zu erzielen.

Maschinen- und Armaturenfabrik vormals C. Louis Strube Akt.-Ges., Magdeburg. Der „Magd. Ztg." zufolge dürfte die Gesellschaft voraussichtlich noch in diesem Jahre die Frage der Beschaffung neuer Mittel erörtern. — Das gegenwärtige Aktienkapital beträgt 1 422 000 Mk.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 26 März. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 188,00—192,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 155.00 — — ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 167—180, mittel 151—166, gering — — russisch. und Donau mittel — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mix. — — — —, abfall. mix — — — —, runder 149.50—150.50 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 143—148 gute 149.00—159.00, russische und Donau leichte — — —, schwere — — — — ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 172—184, Taubenerbsen 185—205 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 22.00 27.25. Roggenmehl 0 und 1 18.70—21.20. Weizenkleie 11.00—11.50. Roggenkleie 9.90—10.40. Lupinen, blaue — — gelbe — — —. Wicken — — —. Seradella 11 — M.

Magdeburg, 26. März. (Amtl. Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, engl und Sommer- ruhig, gut 188—190. Roggen inländischer lustlos, gut 151—153 Gerste, hiesige Chevalierstill, gut 167—170, feinste über Notiz, Land- gut 162—165, ausländische Futtergerste stetig, gut 133—135. Hafer, inländ ruhig, gut 162—165. Mais, runder fest, gut 150—152

Hamburg, 26. März. (Getreidemarkt). Weizen stetig ostholsteiner und mecklenburger 188—195,00. Roggen ruhig mecklenbrg. u. altmärk. neuer 155—159.00, russ. cif. 9 Pud 10/15 März-April 117.00. Gerste stetig, südruss. cif. März 1.2.00. Hafer ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 155—162. Mais, willig, amerikanisch. mixed cif. per März-April —, La Plata cif. neue Ernte April-Mai 104.50.

Antwerpen, 26. Febr. Deutscher La Platazug, Kontrakt i per März .—, April 6.50, Mai 6.50, Juni 6,47½, Juli 6.45. Umsatz 145 000 kg. Tendenz: ruhig.

Liverpool, 26. März. Träge Roter Winterweizen per Mai 7—2 7/8, per Juli 7—2 5/8. Mais träge. La Plata, alte Ernte, März — — —, bunter amerik., neue Ernte, Juli 4—7 3/4.

Budapest, 26. März. Weizen, Tendenz ruhig, per April 12.56 Mai 12 46, Oktbr. 11.24 Roggen, Tendenz ruhig, per April 9,75. Oktbr. 8.65. Hafer, Tendenz ruhig, per April 7,52, Oktober 7,72. Mais, Tendenz stetig, per Mai 6 73, Juli 6.86, Raps, Tendenz ruhig, August 15.90.

Zucker.

Magdeburg, 26. März. Abend-Kurse. März 9,25, April 9.25, Mai 9.30, August 9,52½, Oktbr.-Dezbr. 9,55, Januar-März 9.67½. Tendenz stetig.

Hamburg, 26. März. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per März	9.22½	9.22½	9.22½ M.
„ April	9.22½	9.22½	9.22½ „
„ Mai	9.30	9.30	9.30 „
„ August	9.50	9.50	9.52½ „
„ Okt.-Dez.	9.52½	9.52½	9.55 „
„ Jan.-März	—.—	—.—	—.— „
	matt	ruhig	behpt.

Kaffee.

Hamburg, 26 März. Godo average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	46.75 G.	47.00 G.	47.00 G.
„ Mai	47.75 G.	47.25 G.	47.25 G.
„ September	48.75 G.	48.50 G.	48.50 G.
„ Dezember	49.50 G.	49.25 G.	49.25 G.
	stetig	behpt.	behpt.

Rio de Janeiro, 26. März. Kaffee-Zufuhren 6000 Sack in Rio, 9000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 26. März. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.25—18.75. Still.

Eier.

Berlin, 26. März. Eier pro Schock: Vollfr. ausländ. Sorten — — —, südruss. erste Sorten 3.75—3.80 M., in- und ausländ. bessere Sorten 3.55—3.95, in- und ausländische geringere Sorten 3.40—3.50, Kalkeier — — —, kleine Eier 3.15—3 30, Kühlhauseier — —. Tendenz: matt.

Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

Berlin, den 25. März 1914

Butter: Wenn auch in den letzten Tagen das Geschäft etwas ruhiger geworden ist, so konnten doch infolge der vielen abweichenden Qualitäten, welche an den Markt kommen, für allerfeinste reinschmeckende Marken unveränderte Preise erzielt werden. Beste russische Butter bleibt gut gefragt. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 126—128 Mk., do. IIa Qualität 124—126 Mk. — Schmalz: Die Nachfrage hat sich etwas gebessert, auch die amerikanischen Fettwarenmärkte zeigten bei höheren Notierungen für lebende Schweine festere Tendenz. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 61,50—62,50 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 63,50 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 63—68 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 63,50—68 Mk. — Speck: Ruhig.

Köln, 26. März. Rüböl per loko 72.00, per Mai 71.00.

Hamburg, 26. März. Stadtschmalz 62,50, amerikan. Steam 53,50, Chamberlain 55,25. Tendenz stetig.

Spiritus.

Nordhausen, 26. März. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92.50—93.50 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Chemische Produkte.

Hamburg, 26. März. Chilisalpeter per loko 10.35, Febr.-März 10.20, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: fest.

Wolle.

Bremen, 26. März. Baumwolle Upl. loko middl. 64.25.

Liverpool, 26. März. Aegypt. Baumwolle per Mai 8.78.

Liverpool, 26. März. Baumwolle, Umsatz 8000 Ballen, Import 16 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 15 000 Ballen.

Alexandria, 26. März. Aegyptische Baumwolle per Mai 17.06, Juli 17.11, Novbr. 17.18.

Metalle.

London, 26. März. Chili-Kupfer, schwach 65, 3 Mon. 65 3/8, Zinn, Staits, schwach 175¼, 3 M. 177¼. Blei span., k. stetig 19¼, engl. 19 7/8, Zink, gew. Marke, träge 21 3/8, spez. Marke 22¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	26. 3.	25. 3.		26. 3.	25. 3.
Weizen p. Mai	101 5/8	101 5/8	Roggen loko	62½	—
„ „ Juli	97¾	97 3/8	Schmalz p. Mai	10.60	10.75
Mais loko	73 3/8	74¼	„ „ Juli	10.75	10.92
Mehl Spring cl.	4.05	4.00	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	93¼	93¼	do. in Stard. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	89 1/8	88 7/8	do. in Cred. Balanc.	200	200
Mais p. Mai	68 3/8	69 1/8	Kaffee loko	8 7/8	8¾
„ „ Juli	68¾	69 3/8	„ p. März	8.55	8.42
Hafer p. Mai	39½	39¾	„ p. Mai	8.64	8.54
„ „ Juli	39 7/8	40			

Tendenz: Weizen stetig. Mais willig

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 2. April Imperator. 4. April Graf Waldersee. 9. April Amerika. 11. April Pretoria. 16. April President Grant. 23. April Kaiserin Auguste Victoria. 25. April Pennsylvania. — Nach Boston (Mass.): 28. März Nicaria. 8. April Rhaetia. — Nach Philadelphia: 28. März Prinz Adalbert. 15. April Prinz Oskar. — Nach Baltimore: 9. April Bulgaria. — Nach New Orleans: 10. April Etruria. — Nach Savannah, Ga.: 28. März Schwarzenfelde. 2. April Hohenfelde. — Nach Westindien: 4. April Venetia. 6. April Spreewald. 7. April Grunewald. — Nach Mexiko und Cuba: 28. März Ypiranga. — Nach Ostasien: 30. März Goldenfels. 3. April Segovia. 13. April Emden. — Nach Wladiwostok: 30. März Ninive. 25. April Markomannia. — Von Genua nach New York: 4. April Cleveland. — Von Neapel nach New York: 6. April Cleveland. — Von Genua nach New York: 28. April Hamburg. — Von Neapel nach New York: 29. April Hamburg.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern	25. März	+2,50	26. März	+2,15	35	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,52	„	+2,40	12	—
„ Unterpegel	„	+2,46	„	+2,30	16	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,78	„	+2,76	2	—
„ Unterpegel	„	+1,74	„	+1,64	10	—
Trotha	25. „	+3,34	26. „	+3,24	10	—
Alsleben, Oberpegel	24. „	+2,86	25. „	+2,82	4	—
„ Unterpegel	„	+3,04	„	+2,92	12	—
Bernburg	„	+2,60	„	+2,48	12	—
Calbe, Oberpegel	„	+2,15	„	+2,10	5	—
„ Unterpegel	„	+2,64	„	+2,50	12	—

Iser, Eger, Elbe, Moldau.

	März		Fall	Wuchs		März		Fall	Wuchs
Jungbunzel.	25.	+0,50	8	—	Wittenberg	26	+3,88	—	1
Laun	„	+1,12	4	—	Rosslau	„	+3,64	—	—
Budweis	„	+0,16	6	—	Barby	„	+3,96	14	—
Prag	26.	+ —	—	—	Schönebeck	„	+3,77	18	—
Pardubitz	25.	+0,64	21	—	Magdeburg	„	+3,21	7	—
Brandeis	„	+2,09	—	10	Tangermde.	„	+4,21	8	—
Melnik	„	+1,90	11	—	Wittenberge	„	+4,10	7	—
Leitmeritz	26.	+1,78	11	—	Dömitz	25.	+3,77	4	—
Aussig	„	+2,34	15	—	Boizenburg	„	+3,86	6	—
Dresden	„	+0,78	12	—	Hohnstorf	26.	+3,86	7	—
Torgau	„	+3,22	12	—	Lauenburg	„	+3,90	4	—

Aussig, 26. März. Pegelstand +2.34 m. Vom Oberlauf werden 1.15 m Fall gemeldet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140327016/fragment/page=0005

Berliner Börse, 26. März 1914

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.

q quartaliter 1.1.4.7.10.; q_2 do. 1.2.5.8.11.; q_3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85, — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3⅝%

Nachdruck verboten.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.																																																							
Dt.Rchs.Sch.	a	4	100.00G	Magdeb. 91	a	4	97.10G	Serb. Gold-A	f	4½	87.00bG	Koslow-Wor.	d	4	—.—	Pr.Pfdbr. 31	v	4	95.00	Rh. Braunk. 2	a	4½	99.00B	Dortm. Union			136.00G	Dt.Kabelwk.	1	6	133.00b	Gbr. Körting	1	8	124.25bG	Schomb.&S.	O	12½	234.50G
do. 1.4.15	d	4	100.00G	do. 1906	a	4	97.10G	do.am.Anl95	a	4	78.50bG	Kursk-Kiew	b	4	87.60b	do. S. 32, 33	v	4	95.50bG	do. do. 2	d	4½	99.00B	do. Victoria	O	7	122.00G	do.Kaliwerk.	1	10	150.00bG	Körtings El.	1	8	127.75G	Schönebeck	7	7	124.00bG
do.1.5.16	d	4	99.80G	do. 1902	d	4	96.50G	Siames. Anl.	e	4½	95.10bG	Lodz.Fabr.B.	a	4	85.40b	do. 17 18 24	v	3½	87.60bG	do. Metall 5	d	4	94.00G	Düssld.Adler	O	6	96.50G	do.Lin.u.Wchs	1	6	128.59B	Emil Köster	4	11	146.25bG	Schöneb. Fr.	4	0	80.50G
Dt.Rchs.-Anl	v	4	98.60B	do. 86-02	d	3½	92.30G	Türk.AdmAnl	c	4	76.60G	Moskau Kas.	a	4½	93.30b	Rh. Watf. El. 2	d	4½	85.10bG	Rh. Watf. El. 2	d	4½	96.20G	Düss. Höfelb	O	10	152.25G	do.Schachtb	1	40	439.00bG	Kosth. Cell.	1	5	111.00bG	C.Schoening	5	9	122.25G
do. uk. 25	d	4	98.30B	Mannh01 12	b	4	94.75G	do.Bagd.Anl.	c	4	78.00bG	do. 1911	e	4	93.30b	Pr. Klnb.-Ob.	a	4	93.50G	do. do. 2	d	4	89.00b	Frankf. Henn.	O	7	125.25G	do. Spiegelgl	1	20	283.50bG	Kronpr. Met.	1	20	254.00b	Schönw. Prz.	1	4	75.00G
do.uk35 Ini	c	4	99.20bG	Mind. 95 02	v	3½	—	do. do. 2	c	4	75.60G	do. 1915	a	4	85.25bG	do. do.	a	3½	89.60G	do.Kalkw.	a	4½	100.60G	Germn. Drtm.	O	9	139.00bG	do. Steinzg.	1	16	230.25bG	Gb. Krüg.&C.	1	12	150.25bG	Herm. Schött	1	9	119.00G
do. do.	v	3½	86.50bG	Mülheim Rhr.	d	3½	89.00B	do. unif. 03	c	4	84.25G	Mosk. KiewW	a	4½	93.30bG	do.KmOb.67	a	4	96.00bG	RiebeckMt. 2	b	4½	100.00G	Gevelsberg.	O	10	63.00G	do. Ton u.Stz.	1	10	144.25bG	KruscnwitzZ.	7	16	232.50G	Schftg. Huck	1	4	93.75G
do. do.	v	3	78.30b	München 94	v	3½	88.50G	do. do. 05	c	4	73.00bG	do. 1910	a	4½	93.50b	do. Ser.9, 10	v	4	96.25bG	Romb. Hütt. 3	a	4½	100.50b	Gilden-Br.	O	0	66.50G	do. Waff.u.Mn	1	32	589.00bG	Kunz Treibr.	1	7	101.30G	Schub.&Slz.	4	24	381.00bG
Pr. Schutzg.	a	4	96.50bG	do 01,06,07	d	4	96.20bG	do. Zoll-Obl.	a	4	73.00G	do.			85.30b	do. S. 11, 12	v	4	96.50G	Rybn. Steink.	a	4½	99.70B	Glückauf	O	8	124.50G	do. Wagg.Lh.	1	12½	208.00G	Kupfw.Dtschl.	1	9	137.75G	SchuckertEl.	8	8	149.75bG
do. 1908/11	e	4	96.00bG	do.			73.00b	do. Rjäsan	a	4	87.25b	do. Serie 1, 3	v	3½	85.50G	Sächs. El. L. 5	i	4½	—.—	Henning. Rfb	O	0	46.00G	do. Wasswrk.	1	4	—.—	Köppersb.&S.	1	13	215.25G	Fr. Schulz jr.	1	20	285.10bG
Dt. Schutzg.		4	96.50b																																Schulz-Kndl	1	4	131.50b

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140327016/fragment/page=0006
DFG